

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Tagespreis beträgt bei voller Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direkter Postbestellung ohne Zustellgebühr monatlich 4,- M., bei Zustellung unter Straßband 6,- M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag des Postgesetzes für 1919 eingetragen.

Verkauft werden die abgeheften, ungenutzten Exemplare oder deren Raum 1,20 M., die übrigen Exemplare des Tages zu 50 Pf. Jedes weitere Wort 25 Pf. Anzeigenpreis (tag 50 Pf. Sonntag) und Druckveranschlagung fällt bei Zahlung fort. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgebracht sein.

Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Korrespondent: Kurt Norden 2895 und 2896.

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Fortdauer der Streits.

Der Telegraphenarbeiterstreik.

Seit 48 Stunden herrscht im Bereich der Oberpostdirektion Berlin der Generalstreik der Telegraphenarbeiter. Die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien sind infolge des schroffen Auftretens des Vertreters der Oberpostdirektion bisher ergebnislos geblieben. Es besteht die Möglichkeit, daß der Streik einen noch größeren Umfang annehmen wird, doch nicht nur wegen des Verlangens, Streikarbeiten zu verrichten, die Postunterbeamten mit in den Streik besogen werden, sondern dieser sich auch über ganz Deutschland ausbreitet. Das bedeutet die völlige Lahmlegung des gesamten Post-, Telegraphen- und Telefonverkehrs mit allen Nachteilen für geschäftliche und private Interessen.

Und warum ist dieser Streik gekommen? 287 Telegraphenarbeiter haben sich erlaubt, ihrer politischen Überzeugung gemäß sich während ihrer Dienstzeit an einer politischen Kundgebung zu beteiligen, von der die Oberpostdirektion Berlin nichts wissen wollte. Die Oberpostdirektion Berlin — und sie wohl nicht allein — streift heute noch wie in der Vorrevolution auf dem Standpunkt, daß der Arbeiter ein Amt, aber keine Meinung haben darf, wenigstens nicht während des Dienstes. Und deshalb mußte an denjenigen, die sich erdienten, gegen den Stachel zu lösen, ein Exempel statuiert werden. Sie wurden knall und fall entlassen.

Soll nun die Oberpostdirektion geglaubt, daß die Kollegen der Gemahregelten dies ruhig mit ansehen würden? Da war sie denn doch schlecht beraten. Was den 287 Telegraphenarbeitern heute passierte, konnte ihren Kollegen aus irgendeinem Grunde morgen passieren. Wenn es in das Gebiet der Oberpostdirektion gestellt werden soll, Entlassungen ganz nach ihrem Gutdünken vorzunehmen, dann geraten die Arbeiter und Beamten wieder ganz in das alte Abhängigkeitsverhältnis, wie es früher bestand. Ueber diese Zeiten fühlten sich die Arbeiter und Angestellten aber jetzt weit hinaus; sie wollen keine Gelosten mehr sein, die sich knien und kneten lassen.

Wenn nun trotz dieser Stimmung unter den Streikenden die Oberpostdirektion und mit ihr das Reichspostministerium glauben, auf ihrem Herrschaftspunkt verharren zu können, so muß ihnen die Verantwortung für die Folgen zugeschrieben werden. Es ist schon ein Widerspruch in sich, daß auf der einen Seite erklärt wird, der Postbetrieb dulde nicht die geringste Einschränkung auch nur für einen Tag, daß aber auf der anderen Seite von denselben Behörden die Gefahr heraufbeschworen wird, daß der Betrieb nicht nur für den Bezirk Berlin, sondern sogar für das ganze Reich für längere Zeit unterbunden wird.

Die Telegraphenarbeiter haben sich schon zu einem Entgegenkommen bereit erklärt, das als ein sehr weitgehendes zu bezeichnen ist; sie wollen, wie ihre Vertreter bekundeten, in Zukunft während ihrer Dienstzeit nicht mehr an politischen Demonstrationen teilnehmen. Aber selbst diese weitgehende Erklärung hat die Oberpostdirektion nicht als Grundlage für die sofortige Wiedereinstellung der Entlassenen anerkannt. Hier zeigt sich wohl der Gegensatz zwischen Arbeiterkraft und dem höheren Beamtenstand. Die letzteren sind immer bestrebt, ihren Kopf durchzusetzen, mag kommen, was da wolle. Das muß mit aller Deutlichkeit gegenüber der heuchlerischen Herabsetzung allgemeiner Interessen gesagt werden. In diesem Falle können die allgemeinen Interessen in keinen schlechteren Händen liegen als in denen der Oberpostdirektion Berlin, die, wenn sie sich nicht noch in letzter Stunde besinnt, einen Tiefenbetrieb durch ihr starrköpfiges Verhalten zum Stillstand kommen läßt. Die Verantwortung dafür trifft, aber dann nicht nur sie allein, sondern auch das Reichspostministerium, das der Oberpostdirektion noch den Rücken steift.

Especially hat die Oberpostdirektion die Wiedereinstellung der 287 entlassenen Arbeiter von der Annahme folgender drei Bedingungen abhängig gemacht:

1. in der Mitgliederversammlung durch Abstimmung eine Erklärung herbeizuführen, daß sämtliche Mitglieder sich an politischen Streiks und parteipolitischen Demonstrationen nicht mehr beteiligen, welche sich gegen die Regierung und ihr Verordnungen, Ordnung und Sicherheit im Lande aufreizen könnten;
2. von dem Rechte der Arbeitsniederlegung auf wirtschaftlichen Gründen erst dann Gebrauch zu machen, wenn alle fried-

lichen Mittel erschöpft sind und ein ordnungsmäßiger Schlichtungsversuch über den Gegenstand des Streites ergangen ist;

3. bei allen Arbeitsniederlegungen die ordnungsmäßige Kündigungspflicht einzuhalten und Kontrollbruch zu vermeiden.

Die Streikenden haben sich nun zur Annahme der Forderung bereit erklärt, sich in Zukunft während der dienstlichen Dienstreise nicht mehr an politischen Demonstrationen zu beteiligen. Im Laufe des gestrigen Tages haben nun Verhandlungen der Oberpostdirektion mit den Vertretern der unteren Beamtenschaft und Besprechungen mit dem Bezirksbeamten- und Arbeiterrat Groß-Berlins stattgefunden. Eine Dreierkommission wurde beim Oberpostdirektor vorstellig wegen seines Beschlusses, Beamte an Stelle der streikenden Arbeiter zu verwenden. Mit allen Mitteln wird wieder gegen die Streikenden vorgegangen. Die Vorführer der einzelnen Abteilungen verjagen die Arbeiter an ihre Arbeitsplätze zu locken, um sie dort protokolllarisch zu vernichten. Auch die berühmten Kohlepostkisten liegen schon bereit. Die Streikkommission machte nun gestern nachmittag einen neuen Versuch, zu verhandeln und will der Oberpostdirektion sogar soweit entgegenkommen, daß die zweite und dritte Forderung dem Reichsarbeitsministerium übergeben werden sollte, bezügl. die Behauptung der Entlassenen. Wenn die Oberpostdirektion damit zufrieden ist und sich verpflichtet, keine Maßnahmen mehr zu ergreifen, soll die Arbeit am Montag früh wieder aufgenommen werden.

Der Streik in den Siemens-Werken.

Ergebnislose Verhandlungen.

Gegenüber den irreführenden Berichten in der bürgerlichen Presse ist zu betonen, daß am Montag nicht die Arbeit aufgenommen wird, der Streik vielmehr unverändert fort dauert.

Die am Sonnabend stattgehabte Verhandlung hat dem Hauptauschuß führte zu keinem Ergebnis. Die Unternehmer beharrten auf ihrem Standpunkt und machten folgenden Vorschlag:

Der Streik wird endgültig abgebrochen. Die Arbeiter nehmen die Arbeit wieder auf. Die Arbeiterausschußmitglieder, die wegen Abreisens der Plakate entlassen sind, werden wieder eingekerkert und bleiben bis zur Entscheidung des Schlichtungsausschusses im Betrieb.

Die übrigen Arbeiter, die wegen Abreisens von Plakaten noch entlassen sind, bleiben bis zur Entscheidung des Schlichtungsausschusses außerhalb des Betriebs.

Entscheidung der Schlichtungsausschüsse zugunsten der Arbeiter, so werden sie wieder in den Betrieb eingekerkert und die verlorene Arbeitszeit wird ihnen vergütet.

Zu dem Vorschlag der Unternehmer ist zu bemerken, daß nach den gerichtlichen Bestimmungen kein Mitglied des Arbeiterausschusses vor dem Spruch des Schlichtungsausschusses entlassen werden darf. Die Vorschläge der Unternehmer müssen über von den Arbeitern als eine Verhöhnung ihrer Forderungen betrachtet werden. Unter den 46 Entlassenen befinden sich bekanntlich nur 5 Arbeiterausschußmitglieder und einer Arbeiterausschußmitglied. Die übrigen Gemeindeglieder sind Gewerkschaftsfunktionäre. Die Arbeitnehmer sollten deshalb diesen Vorschlag ab und legen ihrerseits folgenden Vorschlag vor:

Der Hauptauschuß billigt weder das Entfernen der Anschläge noch die deswegen vorgenommenen Entlassungen, er steht vielmehr auf dem Standpunkt, daß beide Parteien verpflichtet gewesen wären, den Schlichtungsausschuß anzurufen.

Auf den Streikfall bezuziehen, entscheidet der Hauptauschuß; die Streikenden nehmen die Arbeit wieder auf. Die Firma hat sämtliche Entlassenen gleichzeitig wieder einzustellen.

Alle vorliegenden Fälle, bei denen die Firma glaubt, daß durch die Forderungen der Arbeiter ein Entlassungs- und vorliegt, werden nachträglich durch den Schlichtungsausschuß zur Entscheidung gebracht.

Dieser Vorschlag wurde von den Arbeitern abgelehnt. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, ist für Montag nachmittag eine weitere Verhandlung mit einem unparteiischen Vorsitzenden anberaumt.

Am Montag findet um 5 Uhr eine Versammlung aller bei Siemens beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen im Spandauer Bad statt.

Die Entlarvung.

„Wir müssen dem deutschen Volke sagen, wie es zwei Jahre gewissenlos irreführt worden ist. Gätte es diese Dinge besser gewußt, hätte es den Frieden einfach erzwungen.“

Erzberger in der Nationalversammlung am 26. Juli 1919.

A. S. Fünf Jahre nach der Anzechtung des Weltkriegs, 9 Monate nach dem völligen Zusammenbruch und dem Ausbruch der Revolution lassen die herrschenden Parteien durch ihren Vorkühler Erzberger die vorliegenden Worte verkünden, die das Grundproblem der deutschen Niederlage und des politischen Stands Deutschlands berühren.

Die herrschenden Parteien — Zentrum und Rechtssozialisten — beginnen nur zögernd und widerwillig den Schleier zu lüften, der über den Verbrechen der Kriegszeit ruht. Sie hätten am liebsten auch weiter geschwiegen und die Wahrheit verborgen gehalten, wie sie sich bisher bemüht, die Akten über die Schuld am Kriege und die Verbrechen im Kriege dem Volke vorzuenthalten. Doch infolge der ständigen Angriffe der Linksparteien und ihres Drängens zur politischen Macht — oder richtiger zur staatlichen „Hutterkrippe“, die diese jetzt mit den anderen teilen müssen — sehen sich Erzberger und die Seinen jetzt gezwungen, öffentlich auszusprechen, was sie bisher in ihres Dufens Tiefen bewachten, um es nicht mit den Mächtigen von gestern, die zum Teil noch als Herrscher von heute gebraucht wurden, zu verderben.

Jetzt sind diese Rücksichten in den Hintergrund getreten und das Volk erfährt aus den Auseinandersetzungen zwischen Erzberger und der Militärpartei, in wie ungeheuerlichem Maße es — auch unter Mitwirkung der heutigen „Wahrheitsfuchser“ — jahrelang belogen und betrogen wurde, wie es nach der Anzechtung des Weltverbrechens des Krieges, unter der Hypnose der Lüge gehalten, wie alle sich zeigenden Friedensmöglichkeiten vernichtet, wie es Jahr um Jahr an die Schlachtbank geschleift, in die Kriegsstrom gezwungen, dem Darben und Hungern ausgeliefert wurde, weil die herrschende Militärpartei und ihre Satelliten in Regierungsbild nicht genug an Eroberungen zusammenkräften konnten.

Was bis jetzt in Weimar auf diesem Gebiete enthüllt worden ist, ist nur ein Teil der unermeßlichen Schuld der Kriegsverbrecher und Kriegsverlängerer. Doch schon das, was jetzt aufgedeckt und dokumentarisch belegt worden ist, rechtfertigt vollkommen die Anklage, die die Unabhängige Sozialdemokratie ständig während des Krieges erhob: daß die Militärpartei und die von ihr abhängige Regierung nicht nur den Weltkrieg angezettelt, sondern in feindlicher, verbrecherischer Weise die sich bietenden Friedensmöglichkeiten vernichtet und so Volk und Land in den Abgrund getrieben hat.

Die Enthüllungen Erzbergers, denen noch weitere folgen dürften, beziehen sich hauptsächlich auf das Jahr 1917, in dem der Weltkrieg an seinem entscheidenden Wendepunkt angelangt war. Um die jetzt in den Vordergrund geschobenen Tatsachen: den Zimmberichtsbericht des Grafen Czernin und den englisch-französischen Friedensvorschlag vom August 1917 in ihrer ganzen Tragweite zu würdigen, muß man sich an die damalige weltpolitische Situation erinnern.

Im Februar 1917 war bekanntlich der uneingeschränkte U-Bootskrieg erklärt worden, dem notwenigerweise der Krieg mit Amerika auf dem Fuße folgte. Die heerlicher angekündigten Erfolge des U-Bootskrieges blieben weit hinter den Erwartungen zurück, dagegen war durch den Krieg mit Amerika die weltpolitische Stellung Deutschlands außerordentlich verächtlicher und die der Entente ungemein verstärkt worden. In Oesterreich-Ungary trat inzwischen die Unmöglichkeit der Weiterführung des Krieges so deutlich zutage, daß der kurz vorher zur Regierung gelangte Kaiser Karl — schon im Interesse der Erhaltung seiner Dynastie — sich notgedrungen mit Friedensgedanken befaßten mußte.

Von enormer Bedeutung war auch der Ausbruch der russischen Revolution im März 1917 und die von der revolutionären Regierung eingeleitete Aktion zur Herbeiführung eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Die Feuerstufen der russischen Revolution flogen über die Grenzen hinüber und lockten die Blitze der vor den Kriegswagen gewandten Volksmassen Westeuropas auf Ziele, die den herrschenden Militaristen nicht sehr genehm waren. Der offene Appell der russischen Revolution an den Friedenswillen der Völker warf die geheimen Konstruktionen der zünftigen Diplomaten und der parlamentarischen Anführer über den Haufen. Kommerziell unter den Slawen Oesterreich-Ungarns machte sich

— wie Czernin in seinem Immediatbericht zutreffend bemerkt — eine starke Säugung bemerkbar, und es ist bezeichnend für den politischen Instinkt Czernins, daß er Kaiser Karl auf die „revolutionäre Gefahr“ hinwies, welche am europäischen Horizont aufstieg.

Nicht zuletzt unter dem Einfluß dieser revolutionären Gefahr kam auch in Deutschland die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 zustande. Ihre Bedeutung würde aber nicht nur durch die Erklärung des damaligen Reichskanzlers Michaelis: „wie ich sie aufzufasse“ noch außen hin aufgehoben, sie erwies sich auch nach innen als eine Theatermode der Blodparteien, die darauf hinauslief, im Volke den Eindruck zu erwecken, daß es den Parteien der Regierungsmehrheit darum zu tun sei, einen ehrlichen demokratischen Verständigungsfrieden herbeizuführen.

Es muß auch heute daran erinnert werden, was in einem führenden Zentrumsorgan, den „Historisch-politischen Blättern“ im Juniheft 1918 über die Friedensresolution vom 19. Juli 1917 gesagt wurde:

„Die damalige Aktion war vornehmlich aus innerpolitischen Beweggründen entstanden, um der Sozialdemokratie eine Plattform zu geben, von der sie in ihrer Wählerschaft gegen Streiks und die Radikalsocialisten wirken möchte. Dazu konnte man, unabhängig von der tatsächlichen Lage, mitwirken. Warum auch nicht?“

Das waren die leitenden Gesichtspunkte des Zentrums, das ebenso wie die Fortschrittler und die Rechtssozialisten sofort zusammenknüpfte, als die Regierung ihnen die Talle Schuler zeigte und die alldeutsch-militaristischen Kreise, die sich zur Vaterlandspartei zusammenschlossen, um den sogenannten „Verzichtsfrieden“ zu bekämpfen, mit ihrer wilden Agitation einsetzten. Das eine war indes erreicht worden: daß durch das Spiel mit der Friedensresolution die beginnende proletarische Friedensbewegung in Deutschland, die auf den Anstoß an das revolutionäre Rußland und die Herbeiführung einer internationalen Friedensaktion hingielte, gehemmt und geschwächt wurde. Statt diese Bewegung zu fördern, um die vor der revolutionären Gefahr zitternden Regierungen zu einem Ausgleichsfrieden zu treiben, schwächten die Rechtssozialisten mit den Fortschrittlern und dem Zentrum um eine leere Formel, die sich schließlich nur als Kulisse für das friedensfeindliche Treiben der Regierung und der bürgerlichen Parteien erwies. So wurde der günstigste Moment verpaßt und die russische Revolution zum Spielball der Diplomaten der beiden kämpfenden Koalitionen gemacht.

Während dieses unverständigen Spiel vor sich ging, und die Abgesandten der deutschen Rechtssozialisten in Stockholm unter Führung des Dr. David die Seelengemeinschaft dieser Partei mit den deutschen Nationalisten offenbarten, hintertrieb der Reichskanzler Michaelis, diese von den alldeutsch-militaristischen Kreisen auf den Posten des Regierungschefs vorgeschobene Null, die von englisch-französischer Seite durch Vermittlung des Papstes angebotene Friedensmöglichkeit. Der Schwerpunkt der Enthüllung Erzbergers liegt darin, daß sie den dokumentarischen Beweis für die verbrecherische Sabotage des Friedens durch den Reichskanzler Michaelis erbracht hat. Dieser mörderische Feindverächter der Volkswirtschaft, daß England und Frankreich sich zum Frieden bereit zeigten und er lehnte in seiner hinter dem Rücken des Reichstages abgefassten Antwortnote vom 24. September die notwendigen Erklärungen über Belgien und jedes Eingehen auf eine Friedensvermittlung ab. Der allgemeine Friede, der in greifbare Nähe gerückt war, wurde verhindert, weil die militärischen und konservativen Kreise, die um jeden Preis weitgehende Eroberungen machen wollten, auch diesmal, wie schon einige Male vorher, den Weg zum Frieden verammelten. Die Hauptträger dieser friedensfeindlichen Bewegung waren neben den alldeutschen Militaristen die nationalisistischen Schwerindustriellen vom Schlage der Krupp und Hugenberg, die unter der Führung Helfferichs und Ludendorffs die Hände nach den großen Werken in Belgien ausstreckten und es unter keinen Umständen zuließen, daß der Verzicht auf Belgien — diese notwendige Vorbedingung der Friedensverhandlungen — ausgesprochen wurde. Im Dienste dieser Kreise ließ der Reichskanzler Michaelis die Note des päpstlichen Nuntius vier Wochen lang unbeantwortet. Im Dienste der kapitalistischen und militaristischen Räuberbande, die Deutschland regierte, zerbrach er die Brücke, die zum Frieden hinüberführte und trieb weitere Millionen in das blutige Grauen des Krieges.

Nach Michaelis kam Herling, der dasselbe Spiel fortsetzte. Der militärische Zusammenbruch Rußlands hatte inzwischen die Eroberungselüste der Reichspolitiker in die Höhe gehraut und die Oppositionslust der rechtssozialistischen Durchhaltepolitiker auf den Nullpunkt herabgedrückt. Die Friedensresolution vom 19. Juli war zum alten Eisen geworden. Doch noch in der Reichstagsitzung vom 29. November 1917 hatte Scheidemann die unbedenkliche Stillschließung gegenüber der Kritik des Genossen Haase die „Ehrlichkeit“ der deutschen Regierungspolitik auf das wärmste in Schutz zu nehmen. Wenige Wochen später kam die Schande von Brest-Litowsk, die die wahre Natur der deutschen Regierungspolitik vor aller Welt offenbarte, kam der große Erpresserkeldweg im Osten, der die deutschen Imperialisten zu den ausschweifendsten Hoffnungen verleitete und letzten Endes die eigentliche Ursache des militärischen Zusammenbruchs Deutschlands und den Anfang des Weges bildete, der das deutsche Volk nach Versailles geführt hat.

Auch in die Lage von Brest-Litowsk sollen ernste Friedensschritte, über die die rechtssozialistische „Mündener Post“ gestern sensationelle Enthüllungen brachte. Sie klaben:

„Was der Reichsminister Erzberger gestern zum besten gab, war in den der Reichskanzler nachher in den Kreisen und darüber hinaus bekannt. In der Nationalversammlung hätte es wie ein Licht aus heilem Himmel. Wie würde die Nationalversammlung aber erst aufstauen, wenn sie wüßte, daß im Januar 1918 ernstzunehmende Männer einen dem päpstlichen Schritts ähnlichen und nicht einmal letzten Versuch machten, Deutschland zu verächtlichen Vorschlägen zu bewegen und daß dieser Versuch an der moralischen (moralischen Unvermeidlichkeit) unersetzlichen und diplomatischen Systems ebenso scheiterte wie die Anregung Brest-Litowsk. Ein dem vorletzten Vize-Reichskanzler Dr. Bayer engbestreuter Abgeordneter (es dürfte Conrad Haußmann gemeint sein) wußte darüber genau Bescheid.“

Man wird weitere Einzelheiten dieser neuesten Enthüllung abwarten müssen, ehe man sie in ihrer ganzen Tragweite würdigen kann. Sie kann aber jedenfalls nur noch als Ergänzung der bereits jetzt feststehenden Tatsache angesehen werden, daß nicht der angebliche „Vernichtungswille“ der Feinde, sondern die frivole, verbrecherische Haltung der Militärpartei und die Förderung, die sie von den bürgerlichen Parteien und den rechtssozialistischen „Durchhaltern“ erhielt, einige Male den Verständigungsfrieden verhindert und Deutschland in den Abgrund getrieben hat. Von der Mitschuld an diesem Verbrechen können auch diejenigen Politiker und Parteien nicht freigesprochen werden, die heute, „der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe“, an die Entlastung der Schuldigen schreiten. Rechtssozialisten, Zentrum und Demokraten, die jetzt die Militärpartei anklagen, haben 4 1/2 Jahre lang die Politik der Militärpartei mit allen Mitteln unterstützt. Sie haben die Mittel für diese Politik bewilligt, sie haben mitgewirkt bei der moralischen Verleumdung, die die Kriegspolitik in das Volk hineintrug, sie haben sich als Schutz und Schirm hingestellt vor die unzähligen Verbrechen, die die Kriegspolitik beging. Sie haben auch nach Ausbruch der Revolution alles aufgebieten, um die Wahrheit über diese Politik dem Volke vorzuenthalten, sie haben die Schuld der herrschenden Klassen Deutschlands an der Anzettelung und Verlängerung des Krieges geleugnet und dadurch die Lage Deutschlands bei den Friedensverhandlungen ungeheuer verwickelt. Sie haben durch ihre feige, unerbittliche Haltung nach der Revolution nicht minder gesündigt, wie während der 4 1/2 Kriegsjahre, und sie tragen die Hauptverantwortung dafür, daß auf dem Boden ihrer Politik jene nationalisistische Hege, jene Sammlung der alldeutsch-militaristischen Kreise einengen konnte, die jetzt den Bestand der Republik und die Herrschaft des bürgerlich-rechtssozialistischen Blokes ernstlich bedrohen.

Dieser Gegenstand zwischen den heutigen und den gestrigen Machthabern hat jetzt endlich den Weg zur Wahrheit gefunden. Dieselben Leute, die während der neun Monate der Revolution sorgsam die Geheimnisse in den Archiven hüteten und neue Wälle der Lüge und des Betruges aufschichteten, sehen sich jetzt im Kampf um ihre eigene Existenz genötigt, die Geheimnisse aus den Archiven ans Licht zu ziehen und die Wälle der Lüge niederzureißen. Ihre Gegner auf der rechten Seite bleiben selbstverständlich die Antwort nicht schuldig. Ludendorff und seine Presse haben bereits die Kanonade gegen die Erzberger-Regierung eröffnet. Das deutsche Proletariat wird diese Auseinandersetzung aufmerksam verfolgen müssen. Denn aus ihr wird es neues und wichtiges Material zum Kampf gegen die sich ausbreitende Konterrevolution holen können. Aus ihr wird das Proletariat auch ein vollständiges und wahrheitsgetreues Bild jener Politiker und Parteien gewinnen, die zuerst als Kriegsgewinnler und jetzt als Revolutionsgewinnler im Vordergrund der politischen Bühne agieren.

Die Schuldigen leugnen.

Die Zeitungen erhalten von autoritativer Stelle der Obersten Heeresleitung folgende Erklärung im Namen des Generals Ludendorff:

„Das Schreiben des Nuntius Pacelli und das Antwortschreiben des Reichskanzlers Dr. Michaelis, die heute in der Morgenpresse veröffentlicht wurden, sind dem General Ludendorff erst heute früh bekannt geworden. Er hat von diesem Schreiben früher nie etwas gehört. Ausdrücklich und geheimnisvoll wurde Ende August oder Anfang September 1917 der Obersten Heeresleitung mitgeteilt, daß England eine Fühlungnahme erbreite. Völlig unabhängig hieron war dem General Anfang August von Oberst v. Hofen auf Grund von ihm zugegangenen Mitteilungen aus politischen Kreisen des neutralen Auslandes gemeldet, daß England jetzt eine offene Erklärung Deutschlands über Belgien erwünscht sei. Der General glaubte, es handele sich in beiden Fällen um die gleiche Angelegenheit und erklärte in beiden Fällen sein Einverständnis zu einer Erklärung über Belgien. Es fanden eine Reihe von Besprechungen über die belgische Frage statt, darunter auch ein Kronrat vom 11. September. Im Verlauf der Verhandlungen wurde eine Einigung über eine Formel betreffs Belgiens erzielt. Einige Tage darauf reiste der Reichskanzler in einer Besprechung mit seinem Stellvertreter Dr. Helfferich und dem Staatssekretär von Kühlmann, der auch Oberst v. Hofen, Direktor Deutelmose und ein Vertreter des Kriegspressenamts beizweckten, an die öffentliche Meinung in Heimat und an der Front auf eine harte Beschränkung der in vielen Kreisen des öffentlichen Lebens hinsichtlich Belgiens erstrebten Forderungen. Staatssekretär v. Kühlmann sprach sich aus unbekanntem Gründen dagegen aus. General Ludendorff hat in diesen Tagen Dr. Michaelis, von einer von ihm beabsichtigten Kriegssammlungsrede Abstand zu nehmen, damit nicht etwa mögliche Verhandlungen erschwert würden. Am 20. September hat Oberst v. Hofen, der ebenfalls von dem Schritt des Nuntius Pacelli keine Kenntnis hatte, eine Besprechung mit Staatssekretär v. Kühlmann gehabt, in der er ihn auf Veranlassung des Oberst v. Hofen erbat, hieron der Obersten Heeresleitung Meldung. General Ludendorff hat später den Reichskanzler oder den Staatssekretär v. Kühlmann gefragt, was aus der angeblichen englischen Fühlungnahme geworden wäre. Er erhielt eine ausweichende Antwort.“

Aber Ludendorff hat von nichts gewußt. Nächstens wird er erklären, daß er stets für den Verständigungsfrieden eingetreten, alle Annerkennung verabschiedet und sich nie um Politik gekümmert hat. Man wird ja im übrigen wohl bald hören, was Herr v. Kühlmann dazu zu sagen hat.

Werkwürdig ist es aber, daß die — doch schon aufgelöste — Oberste Heeresleitung dem Ludendorff für seine Ableugnung so dienlich zur Verfügung steht. Sonst würde es ja heftig bestritten, daß sie mit Ludendorff irgendwelche Beziehungen unterhält. Und jetzt wird sie plötzlich zu seinem Dementierapparat. Das ist natürlich ein Mißbrauch. Wenn Ludendorff sich verteidigen muß, muß er das schon allein und auf eigene Verantwortung tun und nicht mit Hilfe der Autorität einer Behörde, die von Rechtswegen nicht mehr existiert.

Berlin, 26. Juli.

Der ehemalige Reichskanzler Michaelis gibt zu den Angriffen des Ministers Erzberger in der Nationalversammlung vom

26. Juli 1918 der „Täglichen Rundschau“ zufolge die folgende Erklärung ab:

Die amtlichen Schriftstücke über die Behandlung des Schreibens des Nuntius Pacelli an mich vom 20. August 1917 sind mir nicht zugänglich. Nach meinen persönlichen Notizen habe ich zur Behandlung des sogenannten „englischen Friedensfählers“ folgendes zu sagen:

Das Schriftstück wurde mir Anfang September vorgelegt. Ich habe es mit dem Staatssekretär und Ministern besprochen und bin dem Kaiser, der, wenn ich mich nicht irre, am 9. September von einer Frontreise zurückkehrte, entgegen gefahren, um ihn Vortrag zu halten.

Ich hat den Kaiser um Abhaltung eines Kronrates in Gegenwart der Obersten Heeres- und Marineleitung. Der Kronrat hat am 11. September in Schloß Bellevue stattgefunden. Das Ergebnis der Besprechung wurde von dem Kaiser im eigenhändig unterschriebenen Formel folgendermaßen zusammengefaßt:

„Die Annexion Belgiens sei bedenklich, Belgien könne wiederhergestellt werden. Die belgische Küste sei zwar sehr wichtig und Heerzüge dürfe nicht in englische Hand fallen. Aber die belgische Küste allein sei nicht zu halten. Es müßte enger wirtschaftlicher Anschluß Belgiens an Deutschland herbeigeführt werden. Daran habe Belgien selbst das größte Interesse.“

Über die weitere Behandlung des Friedensfählers wurde von mir mit dem Staatssekretär von Kühlmann vereinbart, daß durch eine unbedingt geeignete Persönlichkeit zu sondieren sei, ob auf englischer Seite in der Tat der Wille vorhanden sei, den bisherigen Standpunkt übertriebener Friedensziele, wie sie ungewiss zu unserer Kenntnis gekommen waren, aufzugeben und auf einer annehmbareren mittleren Linie zu verhandeln. Das Schreiben des päpstlichen Nuntius enthielt nach dieser Richtung hin keine irgendwie überzeugenden Beweise. Die Gefahr lag vor, daß es sich darum handelte, Deutschland zu entgegenkommender Erklärung zu veranlassen, ohne den eigenen extraneogen Standpunkt aufzugeben und daß dadurch die Verhandlungsgrenzen zu unseren Ungunsten verschoben würden.

Die Wille des Vermittelers fiel auf einen hervorragenden, dem Staatssekretär von Kühlmann persönlich nachstehenden neutralen Diplomaten, der ganz besonders qualifiziert erschien, die erforderliche Sondierung vorzunehmen. Ihm wurde seine Mission unter Mitteilung der Stellungnahme Deutschlands gemäß obigem Kronrat in der Weise anvertraut:

Voraussetzung für Verhandlungen mit England sei das Anerkenntnis: a) daß unsere Grenzen nicht bleiben, b) daß unsere Kolonien zurückgewährt würden, c) daß keine Entschädigungen gefordert werden dürfen, d) daß von einem Wirtschaftskrieg Abstand genommen würde.

Ich habe in Übereinstimmung mit Erzberger von Kühlmann diesen Weg für den richtigen gehalten, weil nur bei unabhängiger Vertraulichkeit die Befolgung dieser ersten Friedensfäden möglich schien. Die Verhandlungen über die päpstliche Kurie boten diese Sicherheit nicht. Schon beim Empfang des Schreibens des Nuntius hatte ich mich herausgestellt, daß der damalige Abgeordnete Erzberger vor mir davon unterrichtet war, daß das Schreiben kam. Eine Indiskretion durch ihn mußte aber vor allem verhindert werden. Deshalb konnte auch dem Nuntius gegenüber nur eine abwartende Stellung eingenommen und ihm nach Ablauf einiger Zeit nur eine Antwort allgemeinen Inhalts erteilt werden.

Daß jede Indiskretion die größten Gefahren für die Abhaltung von Verhandlungen in sich schloß, hat der weitere Verlauf der Verhandlungen gezeigt. Die Besprechung im Kronrat und ihre Ziele blieben nicht verborgen. Die kriegerischen Parteien in Deutschland, England und Frankreich bemächtigten sich der Gelegenheit und die Folge war, daß der Vertreter der englischen Regierung öffentlich ableugnete, daß seitens der englischen Regierung ein Friedensangebot gemacht sei. Ich habe den Gedanken, unter welchem Nachgeben mit Bezug auf Belgien zum Frieden zu kommen, mit Lebhaftigkeit ergriffen und habe es durchgesetzt, daß eine einheitliche Stellungnahme zu dieser Frage innerhalb der maßgebenden Kreise erfolgte. Ich habe mich bemüht, den geeigneten Weg zur Befolgung der ersten Anregungen zu wählen. Wenn sich der Plan gelüftet, so lag es daran, daß unsere Feinde nicht wüßten.

Saarow, 26. Juli 1918.

gen. Michaelis.

Die Mitschuldigen.

Die Rechtssozialisten haben es furchtbar eilig, der Welt zu versichern, daß sie an den verunglückten Friedensbemühungen gänzlich unschuldig seien. Darum brachte ihr Wortführer Herr Löwe in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung einen Antrag ein, wonach die Rede des Herrn Erzberger förmlich angefochten werden solle. Sie glauben damit ihr arg geschwundenes Ansehen bei der Arbeiterklasse wieder herstellen und auch die Erinnerung an ihre unheilvolle Kriegspolitik auslöschen zu können. Genosse Haase wies demgegenüber in seiner Rede, die wir leider vorläufig nur recht unzulänglich wiedergeben können, darauf hin, daß an der Kriegsverlängerung die Militärs und die Alldeutschen nicht allein schuld seien, sondern daß zum mindesten die Rechtssozialisten durch die Unterstützung dieser Politik zu Mitschuldigen geworden sind. Haase wandte sich dann gegen den Versuch, für den Zusammenbruch des Heeres die Revolution verantwortlich zu machen. Im Oktober 1918 sei die Front nach den eigenen Angaben der Heeresleitung nicht mehr zu halten gewesen, es hätten auch alle Berichte aus dem Felde bestätigt. Haase schloß sich weiter mit den Vorgängen, die der Unterzeichnung des Friedensvertrages vorangegangen sind. Selbstverständlich sei auch die Unabhängige Sozialdemokratie dafür gewesen, eine Milderung der Friedensbedingungen zu erreichen. Aber die Regierung des Herrn Scheidemann habe in Seelengemeinschaft mit den Nationalisten damals gekämpft, daß dieser Vertrag nie und nimmer unterzeichnet werden dürfe. Deshalb sei es Pflicht der unabhängigen Sozialdemokratie gewesen, sich für die Unterzeichnung des Vertrages einzusetzen. Später sei man bis tief in die Reihen der bürgerlichen Parteien hinein der unabhängigen Sozialdemokratie dankbar gewesen für diese Taktik, die allein die Situation gerettet und Deutschland vor der völligen Vernichtung bewahrt habe. Haase berichtete, in welcher Ratlosigkeit die bürgerlichen Parteien, die Rechtssozialisten und die Regierung sich befunden haben, als man sich der Frage gegenüber sah, ob unterzeichnet werden solle oder nicht. Wenn nicht die unabhängige Sozialdemokratie damals gewesen wäre, so befänden wir uns jetzt mitten im Chaos.

Genosse Haase unterließ es selbstverständlich nicht, die

Abg. Haase über die Schuld der Kriegsverlängerer.

Deutsche Nationalversammlung.

Sonntag, den 26. Juli 1919, vorm. 11 1/2 Uhr.

Folgender Antrag Loese (Soz.) ist eingegangen: Die Nationalversammlung möge beschließen:

1. Die erste Beratung des Beschlusses über den Staatsgerichtshof mit der gegenwärtigen politischen Debatte zu verbinden.

2. Die Rede des Herrn Reichsministers Erzberger vom 25. Juli und des Herrn Ministers des Innern vom 24. Juli auf Kosten des Reichs im Reichstag zu veröffentlichen.

3. Alle Protokolle der vertraulichen Sitzungen des Haushaltsausschusses des Reichstags sowie die der Regierung bekanntgewordenen Dokumente über die Entstehung und Fortführung des Kriegs zu veröffentlichen.

Abg. Loese (Soz.): Meine Fraktion hat sich gestern Abend mit den Entschlüssen des Reichsministers Erzberger beschäftigt, die für unsere Fraktion, und schließlich für alle Mitglieder dieses Hauses eine große und schwerfällige Heberzeugung gewesen sind. Wir bitten, mit dieser Veröffentlichung auch die Veröffentlichung der Rede des Herrn Reichsministers Müller zu verbinden, damit der ganze Welt offenbar werde, daß mit der Politik gebrochen worden ist, die uns durch die geistigen Entschlüsse bekannt geworden ist. Wir wollen damit den ersten Schritt tun, zu dem wir verpflichtet zu sein glauben im Interesse unseres unglücklichen, friebel geprüften Volkes (Beifall h. d. Soz.).

Abg. Schulz-Bromberg (D. Volk.): Ich widerspreche im Namen meiner Fraktion. (Große Lärme, Lachen und Hurra: Freiheit h. d. Soz.) Ich verleihe überhaupt nicht, was der Sinn dieser Prozedur sein soll. (Erneutes Gelächter links.) Wir sind gegen den Vorschlag, weil wir die Hebung des öffentlichen Urteils überhaupt nicht mitmachen wollen; sollte er aber dennoch angenommen werden, so würden wir beantragen, auch die Rede des Herrn von Graefe mit zu veröffentlichen. (Gelächter und Hurra h. d. Soz.)

Abg. Dr. Feige (D. Vp.): erhebt Widerspruch dagegen, die Beratung des Staatsgerichtshofs mit dieser Debatte zu verbinden.

Abg. Loese (Soz.): Nachdem die beiden rechtsstehenden Parteien Widerspruch erhoben haben, ist geschäftsordnungsmäßig die Beratung des Staatsgerichtshofs nicht möglich.

Hierauf tritt das Haus in die Tagesordnung ein.

Abg. Dr. Hugo (D. Vp.): Die geistige Rede Erzbergers und der eben gelesene Antrag sollen das deutsche Volk in seinen tiefsten Tiefen aufwachen. (Lärme links. Ruf: „Aufwachen!“) Nachgerade wird das eine Gefühl für die deutsche Öffentlichkeit. Nach der geistigen angewandten Methode lebt man wie unter einem Heberfall mit irgendwelchen Enthaltungen, und so wird ein Schauer im Volke angerichtet, der eine Wüste daraus macht. (Große Lärme und andauernde Lärme links.)

Präsident Hebrich: Begehrte ich ja nach dem geistigen Lage die Erschütterung des Hauses, aber man sollte doch jeden Redner seine Ansicht vorbringen lassen.

Abg. Dr. Hugo (D. Vp.): Seien wir einen objektiven Ausschuss ein, der die uns bewegenden Fragen erschöpft, bestehend aus Historikern unter einem publizistisch geschulten Juristen, die das Recht haben, alle Auskünfte zu verlangen, und jede Erhebung anzuordnen. Kein parlamentarischer Untersuchungsausschuss, nach dem Staatsgerichtshof kann das leisten. Ganz einseitig wird Erzberger den Deutschnationalen die Mägen vor, daß der U-Vorfall in Kürzeren Frist den Frieden entzweieln könnte. Er selbst hat nicht anders gedacht. Wie kann er ferner Reichsmann, Holten, Michaelis und Gertling den Deutschnationalen in die Schuhe schieben? Selbst Sozialdemokraten, der jetzige Minister Dr. David, der „Vorwärts“ vom Februar 1918, glaubten an die Wirkung des U-Vorfalles und die militärische Hilfe Amerikas schätzte der Militärminister des „Vorwärts“ gering ein. War das Nein, das alle Parteien am 12. Mai sprachen, überall nur ein Nein des Affekts? Wie ist die Regierung damals mit dem Volke umgegangen? Hört sich sie es empor, um es nach wenigen Monaten wieder fallen zusammenfallen zu lassen. Wie anders urteilten früher und nach während des Krieges maßgebende Sozialdemokraten über den Kaiser, dessen härteste Gegenpart doch Friedensliebe war, und den sie heute einen blutrünstigen Gelehrten nennen! In der ruhigen Art, mit der die heutige sozialdemokratische Politik betrieben wird, wäre sehr wahrscheinlich die Verhinderung der Unglücksfälle möglich gewesen. Eine weitere Schuld der Sozialdemokratie an den heutigen Zuständen finden wir darin, daß die Sozialdemokratie fünfzig Jahre hindurch Vorstellungen über die Macht des Sozialismus in der zweiten Klasse erweckt hat, die sie nicht erfüllen konnte. Sie können nicht leugnen, daß die Wilson für den großen edlen Mann gehalten haben, der den Völkern Frieden bringen wollte. Der Sozialismus veränderte auch den Zusammenbruch unseres Heeres. Man hat in den ersten Tagen der Revolution den Militarismus für erledigt erklärt und dann doch gleich nach Soldaten gesucht. Weltanschauung macht man mit Wehrheitsbedürfnissen. Den wirtschaftspolitischen Absichten der Regierung sehen wir, obwohl wir das Klassenlos der Blauwirtschaft begrüßen, doch mit starken Bedenken gegenüber, namentlich hinsichtlich der Sozialisierung der Wirtschaft und der Kohlen. In der augenblicklichen Regierungspolitik vermischen wir sozialistische Ideen, die zum Wiedererleben Deutschlands geeignet sind. Der liberale Gedanke muß wieder zur Geltung kommen. (Beif. Beifall bei der Deutschen Volkspartei.)

Reichsfinanzminister Schmidt: Es trifft zu, daß eine Reihe Kämpfer in der Ecke lagern und daß die Fische nicht verteilt werden. Die vom Vorredner daraus gezogenen Schlüssefolgerungen sind aber unrichtig. Die Fische werden verteilt und gelassen, um uns zu Zeiten einer weniger reichen Zukunft zur Verfügung zu stehen. Dem Verderben sind sie also nicht ausgetrieben.

Abg. Haase (U. Soz.):

Haase begann seine eindringliche Rede mit der Frage an Erzberger, weshalb dieser gerade jetzt die Anklage gegen die Kriegsverlängerer unternommen habe, warum er, der doch schon lange die wahren Schuldigen gekannt, nicht schon früher sein Wissen der Öffentlichkeit mitgeteilt habe. Wenn Haase behauptet, die Revolutionsregierung habe den Waffenstillstand herbeigeführt, so sei dies eine sowjete Fälschung. Bereits im Sommer 1918 habe die deutsche Exekutive zu einem baldigen Kriegsende gedrängt, und er und seine Freunde hätten im Reichstag schon seit 1916 genau dasselbe gesagt wie gestern Erzberger. Aber man hat uns dafür als Landesverräter beschimpft, ehrsüchtiger Bestimmung beseitigt und die Arbeiter, die durch den Massenstreik im Januar 1918 den Frieden erzwingen wollten, mit Nachhaft und Gefängnis, mit Schußhaft und Schächelgraben bestraft.

Haase streift dann die Besprechungen, die der Annahme der Friedensbedingungen vorausgingen. Die Unabhängige Sozialdemokratie war die einzige Partei, die von vornherein erklärte, daß es unmöglich sei, die von der Mehrheit der Nationalversammlung geforderten Vorbehalte durchzusetzen. Die bürgerlichen Parteien aber, die in der Öffentlichkeit sich für die Ablehnung des Friedens, streiten befreit auf, als hätten bei der Besprechung

ein Minister bemerkt, daß die Regierung durch den Beschluß der Nationalversammlung ermächtigt sei, den Frieden zu unterzeichnen, auch wenn die Vorbehalte nicht Berücksichtigung fanden.

Gestern habe endlich auch der Minister des Auswärtigen Müller die von und nicht betonte Behauptung der Chikanen aufklaren, nämlich die Unmöglichkeit guter Beziehungen mit dem Osten und Westen; die Regierung habe in Wirklichkeit wie Haase nachweis, nicht aufrecht nach diesem Programm gearbeitet. Die vorherige Anwendung von Truppen für das Volkstum werden nunmehr fortgesetzt. Ausführliche Namen und Adressen, den so die Anklagen ausgedrückt, teilt Haase dem aufmerksam zuhörenden Hause mit. Der Reichskammerrat Wirtz hat sich ganz und gar als Vertreter der Interessen der baltischen Provinzen, denen deutsche Truppen helfen sollen, heimliche Arbeiter und Gassen weiter zu unterdrücken. Wenn früher deutsche Fürsten ihre Landeskinder als Soldaten an fremde Staaten veräußerten, erregte das die Verachtung der ganzen Welt, aber Herr Wirtz betrachtet es als selbstverständlich, solche Truppen im Volkstum zu schänden. Die russische Republik hat im Februar d. J. erklärt, daß sie an völkerrätliche Verhandlungen nicht denkt, sondern die diplomatischen Beziehungen mit der deutschen Regierung wieder aufzulösen wolle. Die Antwort der deutschen Regierung über besteht darin, daß sie bei Mitgliedern der Sowjetregierung Nadel im Gefängnis hält und es in Ketten schlägt, und jetzt Agalab in München zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt läßt.

Erzberger, trotzdem Haase die Auflösung der Freiwilligenkorps, um den Friedensvertrag rasch zu erfüllen und das deutsche Volk von den Aufgaben für dieses Heer, die noch ebenso hoch sind, wie zu Kriegszustand, zu befreien. Daß Herr Wirtz nicht unterwirft gegen die Offiziere, die sich gegen die Regierung auflehnen, mündert niemand. Ist er selbst doch der Befehlshaber der Willkür, und deshalb wagt er es nicht, gegen Hebergriffe der Truppen wie Herr Offiziere einzuschreiten. Er hat mittelbare Freitungen unterdrückt, „Republik“, „Mein Volk“, „Freie Welt“, waren und sind zum Teil noch verboten. Blätter, deren Richtung den Kommandos nicht gefällt, werden zu sein verboten; so in Weisbaden und Schießen die „Freiheit“. Der Belagerungszustand wird aufrechterhalten. Die Schiffsahrt wurde verboten über St. Petersburg, weil sie eine Freundin ist von Rosa Luxemburg und deren „Dezeren“ unterstützt habe. Ebenso wird Dr. Ernst Meyer dauernd in Schußhaft gehalten. Ruffände herrschen in unseren Gefängnissen, die an die Schilderungen aus dem zaristischen Rußland erinnern! Die Gefangenen verhungern! Und die Regierung sieht unzulässig zu.

Der Ministerpräsident Bauer erklärte gestern, Strafsachen seien eine ein für allemal abgemachte Sache. Strafsachen seien abgemacht unblutigen Russen, denn heute werde der Arbeiter nicht mehr ausgebeutet. Die Arbeiter streikten nun aus Arbeitslust, aber weil sie verheert seien. So spricht der ehemalige Gewerkschaftsführer Bauer. Haase macht energisch das Recht der Arbeiter auf Streiks als ein Mittel, feuerartige Forderungen durchzusetzen. Mit dem Arbeitszwang, den Bauer einführen in Aussicht gestellt, zerfällt die Arbeit und Recht auf das Beispiel von Rußland und Ungarn. Wo der Kapitalismus befreit ist, kann die Arbeiterschaft eingeführt werden; aber solange der Kapitalismus besteht, ist jeder Arbeitszwang ein Verbrechen. In allen Ländern flammen die Massenstreiks auf; kein Befehl kann diese Vulkanen zum Verlöschen bringen. Auch wir wünschen nicht, daß die Arbeiter im Streik ihre Kraft nutzlos verpulvern, sondern sie aufsparen, damit sie eines Tages auslösen können, zum großen politischen Streik. Denn ohne Disziplin des Proletariats, die eine notwendige Zwischenstufe bedeutet, ist der Sieg des Sozialismus unmöglich.

Immer größer wird die Enttäuschung der Arbeiter über die jetzige Regierung, die die Vorkämpfer der Revolution zu Tausenden in Gefängnissen schmachten läßt. Wir fordern ihre Freilassung. Herr Wirtz aber verbietet die Demonstration in die Anternationale. Das Maß ist voll!

Reichswehrminister Noske:

Die antisemitische Hebe schäme ich als sehr gefährlich ein, weil es bei der Kriegszeit vieler Menschen und der Geneigtheit zu Gewalttätigkeiten leicht zu Ausschreitungen kommen kann. Der antisemitische Hebe in Berlin nachzugehen, ist nicht leicht, weil die Polizei nicht so funktioniert, wie man sich wünscht. Wo sich eine Handhabe bietet, wird zugegriffen werden. Jede antisemitische Freibeute in der Truppe verurteile ich auf das entschiedenste und bin dagegen eingeschritten. Alle Truppenführer sind angewiesen, der antisemitischen Propaganda und Boykottbeweise entgegenzuwirken. Die Regierung hat allerdings in den letzten Monaten nicht immer ihr Möglichstes unternommen, um Reformen und Sozialierungsmassnahmen rufen können, weil ihre Kräfte für innerpolitische Kämpfe in Anspruch genommen wurden. Wenn die deutschen Arbeiter die Früchte der Revolution noch nicht ernten, so ist das dem eifersüchtigen Bruderkrieg in der Arbeiterklasse zu danken, der von Haase und seinen Freunden gefördert wird. (Abg. Haase: Sie sind ja der Hauptstrecke!) Große soziale Reformen werden ja gerade durch die Truppe von Haase dauernd isoliert. (Abg. Haase: Sie wissen ja, daß das nicht wahr ist!) Am vorigen Montag ist den Leuten in Berlin vorgepredigt worden, wenn sie aus den Betrieben herausgingen, so nehmen sie an einer Kundgebung des internationalen Proletariats gegen den harten Frieden teil. In Wirklichkeit haben die Kronen, Engländer und Schweizer den Streik abgelehnt, und die Italiener haben in ihrem Manifest gesagt, der einzige wirksame Protest gegen den Frieden besteht nicht im Streik, sondern in der Arbeit, um Italien wieder zu beleben. Davon haben die Freunde Haases den Arbeitern keine Mitteilung gemacht. Deutschland bedarf der intensiven Arbeit. Aber was kümmert das die Leute, die mit dem Schicksal des deutschen Volkes und der Arbeiter Schindler spielen? (Abg. Haase: Gerade Noske!) Am 21. Juli mußte abermals der Verbleibstreik einbrechen. Wenn auch Menschenleben verloren gingen, auch der elektrische Strom in den Krankenhäusern wurde eingestellt. Das ist die gleiche Gewissenlosigkeit, mit der ein Führer beim Eisenbahnstreik die Abänderung der Lebensmittelpreise damit befürwortete, es seien im Kriegs so viele Frauen und Kinder zu Grunde gegangen, daß auch noch mehr verhungern könnten. Der Mann ist noch heute eine Herde der Unabhängigen. Es haben ständige Auseinandersetzungen zwischen den Unabhängigen und Kommunisten stattgefunden. Gegenständig werden sie sich aufständisch und Unzufriedenheit vor, im Hintergrund aber stand immer das politische Ziel. Eine Regierung muß nach Möglichkeit darauf Bedacht nehmen, daß sich Dinge, wie im Januar und März in Berlin, nicht wiederholen. In dem Rat der dieser Vorbereitung gehört auch das Verbot der „Republik“ und anderer Blätter. Ich halte es für meine Aufgabe, dafür zu sorgen, einer Anzahl Leuten, die für revolutionäres Herz eben erst erbeutet haben und nun

politische Geschäfte machen wollen, indem sie die Erregung, die im deutschen Volke ist, in solcher Weise auszunutzen, entgegenzutreten, solange ich das Vertrauen der Mehrheit habe und auf meinem Rücken stehe. (Hura h. d. U. Soz.: Und die Freiheit?) Heberfall, wo Sie die Möglichkeit hatten, die Macht auszuüben, haben Sie Schindler gespielt mit der deutschen Presse, Schindlerfreiheit und Lügenhaftigkeit hat noch niemals in der Welt als Verbrechen gegolten. (Langandauernder Lärm. Lärme des Präsidenten, der durch den tobenenden Lärm auf der linken Bank nicht zu hören war.) Den Belagerungszustand im Industriegebiet halten wir nicht zum Vergnügen aufrecht, sondern weil die Gefolgschaft der Haase und Hoch Isamischen Terrorismus mit Bomben, Maschinenpistolen und Pistolen ausüben, als sie drohen, die Vergleiche, die anfallen, wollen wir haben zu erlauben und die Forderungen erfüllen. Deshalb posten wir zu und verhängen den Belagerungszustand. Die Zahl der Gefangenen ist außerordentlich übertrieben. (Hura h. d. U. Soz.) Ich habe auch wieder Nachprüfungen angeordnet, ob die Voraussetzungen für den Belagerungszustand noch bestehen, aber diese Leute auf das deutsche Wirtschaftsleben wieder loszulassen, erklären wir absolut unverantwortlich. Wenn Ihre Leute Massenmorde begehen und niederträchtige Morde wie an Rüber und Rauring, dann bringe ich gegen Haase auch nicht ein Wort. (Sturm, Unterbrechungen und tobenender Lärm h. d. U. Soz.) Die Berliner Zeitung der „Freiheit“ ist oft unterdrückt, was aber an Verlogenheit und Gemeinheit sich abspielt hat. Nur in einem Rumore hier es nachher kurz: Da und dort sei wieder ein Isamischer Kriegswort an Unschuldigen verübt worden. Und wie achten Sie die Versammlungsfreiheit der anderen? Wie haben Sie auf dem Wilhelmplatz das freie Reden der anderen, sich zu versammeln und ihre ehrliche Heberzeugung auszusprechen, damals geschickt! Wie kann die Regierung Leute auf den Berliner Straßen sich auslösen lassen, die die geschlossenen Versammlungen anderer stören und in ihnen wie die Vandalen hantieren? Und da fragen Sie über Gewalttätigkeit und Ungezügelt? Ausschreitungen der Soldaten heilige auch ich, aber in Königsberg wurden nach den Ergebnissen der Untersuchung die Soldaten bis aufs Blut beschimpft und tödlich beleidigt, die Freiwilligen wurden als vogelfrei angesehen. Sie (nach links) haben viel Schlimmeres begangen! (Hura h. d. U. Soz.) Heber alle diese Niederträchtigkeiten ist das Land vollkommen unterdrückt. Wo Sie das Geste in der Hand haben, seien Sie den Beamten, die widerspricht, auf den Säulen und Schmeißen ihn hinaus. Auch über die Vorgänge in Hamburg hat die unabhängige Presse, deren Verlogenheit doch nachherde genügend bekannt ist, welche Nachrichten gebracht. (Erneuter Lärm h. d. U. Soz.) Welche Karte, Vorredner! Welche Freiheit! Wiederholen sich momentlich der Abg. Seeger fest die Jurale andauernd fort. Seeger ist der letzte, der Spektakel machen sollte. Denn nach seiner letzten Rede am Montag haben die Leipziger Blätter seine Behauptungen als Fälschungen der Wahrheit angedeutet. Wie können Sie solchen Lärm gegen meine einmündigen Feststellungen machen?! (Erneuter Lärm h. d. U. Soz. Ruf: Freie Welt!) (Hura h. d. U. Soz.) Die Rede lassen wir doch anschlagen! (Große Lärme!) Bei Ausschreitungen laßt sich die militärische Herrschaft nicht; aber so, wie es in den Bombenart Besatzungen zugeht, daß Kräfte bestimmen wollen, wer zu erlauben sei, über sich zu Mitglieder des Soldatenrats ernannt, kann es nicht gehen. In Hamburg drohte mir ein Tausend solcher Leute das Schicksal Rauring's an. Und außerdem, die Geschichtsblätter in den dortigen Besatzungen sind, es ist unglücklich zu sagen, daß der völligen Freiheit, in der sie sich bewegen, zu einer Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Gesundheit geworden. Dagegen müssen wir einschreiten, selbst gegen Unschuldige. Von den Besatzungen der Freiwilligen hier es dagegen, keiner von dieser Kostgänger kommt lebendig wieder heraus! Gegen solche Widerträchtigkeit muß selbstverständlich eingeschritten werden. (Erneuter Lärm h. d. U. Soz.)

Auch die Zustände im Baltikum sind gewiß nicht erfreulich. Aber da wir die Truppe nicht aus dem Lande ergähen können, müssen wir Proben dafür dorthin stellen lassen. Die Werbung ist verboten, aber wieviel ist in den letzten Monaten in Deutschland verboten und doch nicht befolgt worden.

Für die Truppe ist es kein Vergnügen, mit den Unabhängigen zusammen zu kommen. In mein als einem Fall ist sehr unglücklich Kessel entstanden worden. Was haben Sie, z. B. Barz, diesen Deutschen nicht alles versprochen, aber die dahingehenden Verhandlungen mit ihm sind vor glänzende Welt dafür, daß auch Sie, wenn Sie eines Tages regieren wollen, und die Rechte wird Ihnen das Leben nicht leichter machen als uns, auch Leute haben müssen, die ein Gewehr tragen. Eine Revolutionäre Politik macht in der Truppe, daß sie beharrlich, aber ich kann von Offizieren, die in monarchischen Auffassungen grau geworden sind, nicht erwarten, daß sie in 24 Stunden umlernen. Wir ist es Heber, wenn Sie mir sagen: wir denken monarchisch, aber wir wollen total auch jetzt unsere Pflicht als Soldaten tun; kann ich das erlauben? Gerecht den Friedensvertrag wird mit der Truppe zu bezeugen, ohne Verhandlungen gibt das aber nicht ab. Ähnlich wird sie unter guter Leitung das Maß von Ruhe, Ordnung und Sicherheit und verbürgen, ohne das wir nicht leben können. (Beif. Beifall.) Um 1/2 Uhr wird die Beratung auf 4 Uhr vertagt.

Nachmittags-Sitzung.

Abg. Eisenberger (Vater. Bauernbund): Es ist gut, daß endlich Leute aus dem praktischen Leben an die Regierung gekommen sind. (Beifall.) Wenn im alten Reichstag nicht so vieles sein gewesen wäre, dann hätte er nicht so rasch zusammenbrechen können. (Zustimmung links.) Aus der Rede des Abg. Haase habe ich den Eindruck gewonnen, die Juncker bleiben das, was sie schon vor 20 Jahren gewesen sind. Sie beklagen sich über den Landarbeiterstreik. Ich bin Bauer, und zwar nur ein kleiner. Bei uns haben wir den Landarbeiterstreik nicht. Das deutsche Volk ist ungenügend lohn. Aber der Sozialismus darf nun nicht als Mittelvermittler verwendet werden, wie früher das Kapital beim Militär.

Abg. Langwath (D. Hann.): Wir leben in der Tiefe der Krise und darüber zu streiten, wer schuld daran ist, sollte unserer Ansicht nach darauf verzichten, wie wir wieder herauskommen. Mit dem Sturzpunkt der Nachkriegspolitik muß ein Ende gemacht werden. Mit untern Nachhau, insbesondere Polen, müssen wir versuchen, in friedliche Verhältnisse zu kommen. Die Regierung möge ihre Forderungen gegenüber unsern Handwerkern und unserm Gewerbe, den Angehörigen und den Beamten, den kleinen Rentnern, die durch die neuen Steuerpläne in ihrer Existenz bedroht sind. Wir kämpfen für ein selbständiges Hannover. Nicht für ein königliches Hannover, aber ein selbständiges Hannover ist möglich. Wenn es dem mächtigen Preußen nicht entgegen ist, uns würde zu machen, so wird es auch der deutschen Republik nicht schaden.

Abg. Hets (Soz.): Wir freuen uns, daß durch die Enthaltungen Erzbergers die Politik sich als die richtige herausgestellt hat, die wir während des ganzen Kriegs vertreten haben. Unsere Politik ist es gewesen, die zur Bildung des Wehrheitsbundes im Reichstag und schließlich zu der Friedensresolution geführt hat, von der heißt, daß sie es war, die das englisch-französische Friedensangebot durch den papistischen Streik zur Folge gehabt hat. In dem Eichenmännchenregiment, das die Antwort an den Papst regiert hat, haben meine Parteifreunde aufhörte darauf gedrungen, daß wir einen bestimmten Bericht auf

Belgien aussprechen sollten. Der damalige Staatssekretär erwiderte damals meinem Parteifreunde Ebert, daß er vollständig seinen Standpunkt teile, er bitte aber das Kollegium, im Augenblick davon Abstand zu nehmen, da eine andere Sache nebenher laufe, deren Erfolg durch eine vorweggenommene Erklärung geschädigt werden könnte. Diese andere Sache war die zweite, der Öffentlichkeit nicht bekannt gewordene Anfrage des Deutschen Reiches. Und Staatssekretär Kühnmann fügte später noch hinzu: Verlassen Sie sich darauf, in vier Wochen seien wir hier und reden über den Frieden. Unsere verantwortlichen Stellen haben jede Antwort auf die Anfrage des Papstes abgelehnt, damit war jede Verständigungsmöglichkeit für immer verfallend, und zwar nicht durch unsere Gegner, sondern durch die Männer, die im Namen des Kaisers die Regierung führten. Nicht unsere Politik war falsch, sondern die Männer waren falsch, die öffentlich ja und im geheimen nein sagten. (Sehr wahr! und lobh. Zustimmung v. S. 503.) Gewundert hat es mich, daß Herr Haase durch die gestrigen Enthaltungen nicht überrascht gewesen ist, sondern daß ihm diese Dinge schon längst bekannt gewesen sind. Dann muß ich aber sagen, wenn Herr Haase diese Kenntnis hatte, und er hat sie dem deutschen Volke vorenthalten, dann hat er sich mitschuldig gemacht. Zur Zeit der Eingabe des Grafen Egerlin im April 1917 verlangten die Sozialdemokraten einen Frieden ohne Entschädigungen und Annexionen, aber die Konkreten, die heute unter der falschen deutsch-nationalen Flagge segeln, beschien dagegen eine Interpellation ein. Schöndemann sagte damals, daß, wenn Deutschland einen solchen Frieden nicht mache, die Revolution komme. Die deutsche Regierung beachtete die Eingabe des Grafen Egerlin überhaupt nicht. Auf mildere Friedensbedingungen konnten wir nicht mehr rechnen, nachdem die Unabhängigkeit erklärt hatten, wir müssen unterzeichnen. Unsere Außenpolitik muß vor allem Vertrauen erwecken. Dazu gehört ferner, daß alle Unfähigen aus dem auswärtigen Dienst entfernt werden. Wir brauchen keine Gesandten mehr an den Höfen. Wir wollen die privilegierten Klassen ausschalten. Die Zeit der Fütterkrippen und Rosenkrippen muß ein für allemal vorbei sein. Das oberste Gesetz unserer auswärtigen Politik muß sein, den Schutz der nationalen Würde, sobald als möglich zur Weisung zu machen. Unsere Politik muß die Politik des Völkerverbundes sein, aber in der Praxis zusammengebrachte Völkerverbund ist ein Völkerverbund gegen die Völker und namentlich gewisse Völker. Wir lehnen die sogenannte Kontinentalpolitik ab. Wir wollen die Politik der Einheitlichkeit, der Demokratie, der Versöhnung, mit allen Kräften fördern. Also nicht Rache, nicht Verschimpfung, weder nach dem Osten noch nach Westen. Wir wollen nicht nach dem Muster der kaiserlichen Politik die äußere Politik nach der inneren orientieren. Clemenceau verteilte das französische Volk nicht, er kann in dessen Namen und seine Kampfanlage ergehen lassen. Die schlimmste Zerstörung des Vertrauens hat die Großindustrie, vor allem Herr Hugenberg, auf dem Gebiet, indem sie die Eskorte wieder einführt. Wenn die Eskortenführer wenigstens nur gewußt hätten, daß mensch-

liche Worte ihren Wert nur behält, wenn sie am Leben bleibt. Aber von 10 000 Arbeitern sind innerhalb zwei Monaten 1500 umgekommen. Der Kampf gegen den Kapitalismus muß künftig in England und Amerika durchgeführt werden, nicht mit Palästen, Gewehren und Handgranaten, sondern durch die internationale Organisation der Handarbeiter, sobald die Entwicklung dazu reif ist. Eine Planwirtschaft, ähnlich wie bei uns, kündigt sich in England jetzt schon an, als Evolution, nicht dramatisch als Revolution. Auch eine Rätereigierung wäre abhängig von der Lieferung von Rohmaterial und Lebensmitteln und ihre Entziehung durch England würde die Rätereipublik über den Haufen werfen. Das Ideal des Völkerverbundes wird verwirklicht werden. Deutschlands Aufnahme wird diesen Völkerverbund verbürgen. Deshalb findet die Reichsregierung unsere Unterstützung. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Persönlich bemerkt Abg. Haase (L. S. P.):

Herr Wels hat, wie mir mitgeteilt wird, in seiner Rede gesagt, nach meinen Darlegungen hätte ich die von Herrn Erzberger enthaltenen Tatsachen gekannt und nicht vertuscht und er hat daran das Jitit geknüpft: Wer die Wahrheit kennt und sagt sie nicht, der ist fürwahr ein trauriger Wicht. Hätte Herr Wels heute zugehört, so würde er wissen, daß ich in meiner Rede erklärt habe, wie ich bekannt, daß Herr Erzberger mindestens seit dem Frühjahr 1918 die vorgebrachten Tatsachen bekannt gewesen seien. Ich habe aber nicht gesagt, daß sie mir schon seit diesem Zeitpunkt bekannt seien. Herr Wels weiß aber außerdem, daß ich im Reichstag immer wieder auf die Friedensmöglichkeiten hingewiesen habe, die die Regierung ausgeschlagen hat, und daß ich der Regierung und seiner Partei insbesondere bedauerliche Vorwürfe gemacht habe. Er weiß, daß ich in Versammlungen und in Zeitungsartikeln seine Partei deshalb belächelt habe. Wenn er gegenüber diesen ihm bekannten Tatsachen heute den Vorwurf gegen mich hat erheben wollen, daß ich das Volk nicht rechtzeitig auf die Haltung der Regierung aufmerksam gemacht habe, so sagt er eine bewusste Unwahrheit und ist ein bewusster Ehrabschneider.

Abg. Wels (Soj.): Es liegt mir fern, andere persönlich zu verletzen. Wenn Haase behauptet, wir hätten die Regierung in ihrer Kriegspolitik weiter unterstützt, obwohl wir wußten, daß sie die Gelegenheiten zu einem Frieden ausgeschlagen habe, so ist das eine bewusste Unwahrheit. Auch Reichspräsident Ebert hat erst durch die gestrigen Mitteilungen Kenntnis von dem Friedensangebot des Vatikan erhalten.

Vizepräsident Dietrich ruft den Abg. Wels wegen des Ausdrucks „bewusste Unwahrheit“ und den Abg. Haase wegen des Ausdrucks „Ehrabschneider“ zur Ordnung.

Hierauf verläßt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Montag, 2 Uhr (Fortsetzung der Beratung und erste Beratung des Gesetzentwurfes über die Errichtung eines Staatsgerichtshofes).

den Arbeitern nach den Vorschlägen der Betriebsräte gestellt. Die Bezugsgruppenräte schließen sich in einem Wirtschaftsausschuss zu einem Bezirkswirtschaftsausschuss zusammen. Dieser Bezirkswirtschaftsausschuss wird indirekt gewählt; auch der weitere Aufbau wird nur auf Grund der indirekten Wahl vollzogen werden. Aus den Bezugsgruppenräten bilden sich Bezugsgruppenräte und als zentrale Verwaltung der Reichswirtschaftsausschuss, zur Regelung und Kontrolle des gesamten Wirtschaftslebens. Natürlich ist nicht der Reichswirtschaftsausschuss der Regierung gemeint, der neben der Nationalversammlung bestehen soll. Wir brauchen keine Nationalversammlung mehr. (Beifall bei Weis.) Der Aufbau des politischen Rätesystems bezieht sich nicht auf die beschäftigten. Wir würden nur der Arbeit erschrecken, wollten wir solche Formen sofort in Wirkung setzen. Wir sind der Meinung, daß, wenn wir die wirtschaftliche Bekämpfung der Räte schaffen, wir die ökonomischen Machtmittel des Proletariats zusammenstoßen zur Führung des politischen Kampfes. Genosse Müller gestrichelte die Gedanken, die sich gegen die indirekte Wahl der Weisen Organisationsgebilde richten. Das Wesen des Aufbaues bezieht sich auf die Arbeiter der Arbeiter bis in die höchsten Stufen nachgelagerten. Er wandte sich gegen den „Vorwärts“, der die wirtschaftliche Regelung der Betriebsräte verwirklichte. So sei höchste Zeit, daß sich die Groß-Berliner Arbeiter aufstellen, um den Kampf zu führen, den ihnen die Gegenrevolution aufzwingt. Dazu bedarf es einer Organisation, mit der wir die Revolution durchzuführen können zu dem Ziele, daß sich das Proletariat gestellt hat. (Beifall bei Weis.)

Rath (R. P. D.) will so schnell wie möglich Revisionsarbeiten vorgenommen haben. Im übrigen betonte er, daß seine Fraktion zur gemeinsamen Arbeit zum Aufbau bereit sei, was lebhaftes Bravo hervorrief. Er verlangte vor allem, daß die Aktivität der Arbeiterklasse gefördert werden müsse und nicht über deren Kopf unternommen werden dürfe.

Dänisch (L. S. P. D.) stellte mit Bemerkung die Bereitwilligkeit der Kommunisten zum gemeinsamen Aufbau des revolutionären Rätesystems fest. Nur auf dieser gemeinsamen Basis sei der Aufbau überhaupt möglich. Aus einer ganzen Reihe von Notwendigkeiten ergebe sich, daß man zuerst mit dem ökonomischen Aufbau des Rätesystems beginnen müsse. Die neue Rätereorganisation muß eine Parole gegen die gefährliche Umwandlungsarbeit sein, wie sie jetzt bei der Verfassungsberatung zum Ausdruck kommt. Die Reichsorganisationen müßten sich mit Feuer und Flamme das Betriebsrätesystem aneignen und in den Betrieben auch dafür wirken, zumal ein großer Teil der Arbeiter die Zusammenhänge nicht übersehen könne. Mit dem Rätesystem wollen wir praktischen Sozialismus treiben. Der Gedanke der Sozialisierung ist untrennbar verbunden mit dem Rätesystem. Es muß so eingerichtet werden, daß binnen weniger Stunden die Produktion ohne Störung von dem revolutionären Proletariat übernommen werden kann, der Gegenrevolution jede Möglichkeit zu nehmen. Wir müssen das Reich mit Wahrgeld überflutet, die die Grundlagen für den ganzen Aufbau bleiben. Ich hoffe, daß nicht allzu lange diskutiert wird, daß bis zum Herbst schon etwas geschaffen ist. Die Gegenrevolution steht vor der Tür. Die deutschen Kapitalisten nähern sich wieder den Entente-Kapitalisten und dann haben wir es mit dem gesamten internationalen Kapitalismus zu tun. Und das ist es, was wir verhindern müssen. (Beifall bei Weis.)

Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen:
Die Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte fordert den Vollrat auf, sofort den Fortschritt des Groß-Berliner Arbeiterrats in Angriff zu nehmen unter Berücksichtigung der von beiden Referenten aufgestellten Grundsätze. Die beiden Fraktionen werden ersucht, je drei Mitglieder zu einer Zentralkommission zu bestimmen.

Lange (R. P. D.): Im „Vorwärts“ wird behauptet, daß einige Vollratsmitglieder doppelte Gehälter beziehen, nämlich aus der Vollratsratskasse wöchentlich 200 Mark und gleichzeitig ihr Gehalt als Gewerkschaftsbeamte. Wenn es Vollratsratsmitglieder gibt, die dementsprechend ihr volles Gehalt als Gewerkschaftsbeamte und ihre vollen Bezüge als Vollratsratsmitglieder bekommen, so können das nur Koske-Sozialisten sein. Unabhängige oder Kommunisten sind es nicht. Man hat früher freigeht, daß keine Frauen im Vollrat seien, jetzt nachdem die Reichssozialisten drängen sind, können wir sagen, daß wir von ein paar alten Klassen basen frei sind. (Stürmische Heiterkeit und lebhaftes Zustimmung.)

Der Vorsitzende Richard Müller geißelte noch einmal kurz die bekannten Vorgänge in der Berliner Zeitstätte und schloß mit der Forderung zur Einigkeit und Geschlossenheit die Vollversammlung.

Reichskonferenz des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Gotha, 26. Juni.
Heute vormittag wurde im Volkshaus in Gotha durch den Bundesvorsitzenden Karl Fiedt der 1. Kongress des Internationalen Bundes der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen eröffnet. Eröffneten sind u. a. als Vertreter der deutsch-reichlichen Kriegsbeschädigten Ludwig Wien, als Vertreter der Berliner Kriegshinterbliebenen Hauptmann Schwanefeld, Bundesrat (Berlin), als Vertreter des Reichsverbandes der Sozialistischen Deutschen Deutschlands Eusebius (Frankfurt a. M.), als Vertreter Süddeutschlands Carl, sowie mehrere Vertreter des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten.

Den Mittelpunkt des ersten Tages bildete ein großartig angelegter Vortrag des Bundesvorsitzenden Fiedt, der das Programm des Internationalen Bundes erläuterte. Einleitend wies er darauf hin, daß der Internationale Bund durch Spaltung des Reichsbundes entstanden sei, da in der Bundesversammlung, zu dem Zeitpunkt aus Reichssozialisten bestehend, eine politische Forderung durch Angehörige aller Parteien überlassen wurde. An die Spitze seiner Ausführungen stellt der Redner die Forderung nach einem neuen Fortsetzungsgesetz, das allen Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen mit ihren Familienangehörigen einen ausreichenden Lebensunterhalt sichert. Es wird gefordert: Gewährung aller auf Renten auszugebenden und sonstigen notwendigen Lebensmittel, Gewährung ausreichender Kleidung, Gewährung gesunder Wohnungen, Heizung und Beleuchtung sowie allen weiteren notwendigen Vorkosten. Den Kriegshinterbliebenen und völlig erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten ist außerdem noch ein entsprechender Geldbetrag für persönliche Bedürfnisse zu bewilligen. Die nur zum Teil erwerbsunfähigen Kriegsbeschädigten haben je nach dem Grade ihrer Erwerbsunfähigkeit einen entsprechenden Teil der gewöhnlichen Lebensmittel zu empfangen. Sämtliche Forderungen haben für alle Kriegshinterbliebenen in gleicher Höhe ohne Unterschied auf Rang, Stand und Beruf zu erfolgen. Als Kriegsbeschädigte gelten alle Kriegsteilnehmer, die während des Krieges infolge ihrer Erwerbsunfähigkeit ganz oder zum Teil eingetragt haben. Der Redner stellt fernerhin weitgehende Forderungen bezüglich der Beschäftigung der

Vor dem Neuaufbau des Groß-Berliner Arbeiterrats.

Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte.

Die heutige Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte wurde von Richard Müller eröffnet. Zur Tagesordnung beantragte Günther (R. P. D.) namens seiner Fraktion, als ersten Punkt die Auswertung, Streik und die bevorstehenden Kämpfe in der Berliner Metallindustrie zu behandeln. Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden.
Lange (R. P. D.) verwies auf die systematische Hebe gegen die Arbeiter, die zu den bekannten Maßnahmen bei den Bankbeamten, den Landarbeitern, den Eisenbahnern, den Telegraphenarbeitern führten. Verschärfungen, Heranziehung des Militärs, Verhängung des Belagerungszustandes, kurz, alle brutalen Gewaltmittel, wie sie selbst das alte Regime nicht angewendet, müssen dazu dienen, die Arbeiterkraft zu unterdrücken und sie um die letzten Früchte der Revolution zu bringen. Das Unternehmertum befindet sich nicht mehr in der Defensive, sondern mit Wissen und Willen der Regierung in der Offensive gegen die Arbeiter. Der Offensivkampf über die Betriebsräte, d. h. gegen die Betriebsräte, beweist ja, daß die Regierung gar nicht daran denkt, den Betriebsräten irgendwelche Befugnisse zu erteilen. Scharfe Hebe ist ausdrücklich erklärt, daß an eine Mitwirkung der Betriebsräte an der Verwaltung der Betriebe nicht gedacht werden könne. Aber daß der Arbeitsminister Schilde heißt, besagt schon alles. Als im Januar 1918 die Generalversammlung sich mit dem Jahresbericht beschäftigte und einen Beschluß gegen den Streik faßte, da stimmte Schilde gegen den Beschluß, weil er ihm immer noch zu revolutionär war und nicht weit genug gegen die Arbeiter ging. Es handelt sich auch hier bei dem Streik im Siemenskonzern um ein Glied in der langen Kette der Unterdrückung der Arbeiter- und Angestelltenkraft. Auf der Seite der Unternehmer steht die bürgerlich-sozialistische Regierung, wir stehen auf der Seite der Arbeiter und wünschen ihren Sieg.

Darauf gab Frau (Mitglied des Zentralarbeiterrats der Siemenswerke) eine genaue

Schilderung des Konfliktes, der sich heute mit unseren Veröffentlichungen über diese Sache. Auch die war die Entwertung des Anschlags nur der lang gesuchte Moment, sich den unerwünschten Druck der Arbeiterschaft vom Hals zu schaffen. Was heute in dem einen Betriebe geschieht, könne morgen in den anderen vorkommen. Redner erbat die politische Unterstützung der Arbeiterräte.

Richard Müller (L. S. P.): Ich halte es für wichtig, unter welchen Gesichtspunkten wir den Streikfall zu betrachten haben. Es ist die erste Kampfanfrage der Metallindustrie an die Metallarbeiter Berlin. Wir als Arbeiterräte sind uns des Ernstes der Situation bewußt. Es handelt sich um Sein oder Nichtsein. Wenn man sich entrüstet hat, daß durch die ungeheure Streikwelle große Werte verloren gehen, so sehen wir hier, daß das alles elende Scheitler ist. Der Endkampf zwischen Kapital und Arbeit steht bevor, und es gilt, Ruhe und Sicherheit zu bewahren. Wenn man uns den Kampf aufzwingt, dann müssen wir ihn geschlossen aufnehmen. Die Ablehnung des Kollektivvertrages durch die Berliner Metallarbeiter ist den Unternehmern ein Dorn im Auge. In den Kollektivverträgen werden die Arbeitsgemeinschaften anerkannt. Wenn es notwendig ist, wird man den Kampf nicht nur den Streikwelle überlassen, sondern die ganze Berliner Arbeiterschaft wird auftreten müssen. (Beifall bei Weis.)

Der Vorsitzende Genosse Richard Müller erklärte namens der Vollversammlung den Streikenden die Sympathie des revolutionären Proletariats.

Hierauf kam der wichtigste Punkt der Tagesordnung zur Verhandlung:

Neuaufbau und Neuwahl der Groß-Berliner Arbeiterräte.

Hierzu referierte Richard Müller in einem groß angelegten, klar durchdachten Vortrage, das alle Möglichkeiten des gegenwärtigen Kampfes erweigt und daraus den Vorschlag einer

Organisation der Räte brachte, die zu einer einheitlichen Zusammenfassung aller revolutionären Kräfte führen soll. Genosse Müller schilderte eingangs das Zustandekommen der Wahlen im Dezember mit ihren Unklarheiten und Unvollständigkeiten. Die Wahlordnung entsprache durchaus nicht mehr den Verhältnissen. Der Arbeiterrat, wie er jetzt besteht, sei weder ein Werkzeug gegen die Gegenrevolution, noch ein Werkzeug, das, was bisher erreicht ist, aufrechtzuerhalten. Der Redner führte nördlich aus: Der Kampf mit dem Bürgertum und dem Kapitalismus wird heute schärfer geführt als jemals in Deutschland oder im Ausland. Es sind die revolutionären Klassenkämpfe, die im Gefolge der Novemberrevolution heute zu verzeichnen sind. Daran ändert kein Gebiß der bürgerlichen Presse einschließlich des „Vorwärts“ etwas. Diese Kämpfe wachsen aus den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen und können nicht auf das Konto einzelner Heber gesetzt werden. Im November sammelten sich die Arbeiterräte um die Parole Demokratie. Die Spaltung des Proletariats besteht. Ein Teil schließt auf die formale Demokratie, durch die die Bourgeoisie gestützt wird. Diese Verhältnisse müssen sich ausleihen. Sie schreiten sehr schnell vorwärts und zwar in unsem Sinne. Der Zusammenschluß des Proletariats in einer revolutionären Kampforganisation über die Grenzen der Parteien muß unsere vornehmste Aufgabe sein. Wir müssen aber auch die Formen zeigen, die diese Kampforganisation haben muß. Dabei soll diese Form keine starre, absolute sein, sondern den verändernden Verhältnissen sich anpassen. Immer mehr wächst die Erkenntnis, daß die formale Demokratie uns nicht aus dem Wirrwarr und dem Zusammenbruch herausführen kann. Neun Monate nach der Revolution ist die bürgerliche Gesellschaft wieder in dem Besitz der politischen Macht. Das Bürgertum kann die wiedereroberte Macht behalten, wenn es ihm gelingt, die ökonomischen Machtmittel in festem Besitz zu halten. Das scheint ihm aber nicht zu gelingen, deshalb können wir hoffen, daß sich hier der Sieg des Proletariats entscheidet. Diese ökonomische Macht des Proletariats muß zusammengefaßt werden zur Führung des politischen Kampfes. Das Proletariat braucht keine Handgranaten. Durch Entziehung seiner ökonomischen Machtmittel kann es den Kampf aufnehmen zur Verwirklichung des Sozialismus. Diese Verwirklichung wird kommen, und zwar nicht als Folgen des Bürgerkrieges, sondern als notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwicklung. Das Wirtschaftsleben wird sich immer weiter verschlechtern und wir werden eines Tages vor der Notwendigkeit stehen, die Produktion in die Hand zu nehmen. Was hat denn das Proletariat zu tun, wenn es selbst das Wirtschaftsleben fortzuführen hat? Würde es nicht gelingen, die Produktion aufrecht zu erhalten, dann wäre der Sozialismus für alle Zeit erledigt. Schon jetzt müssen wir den Arbeitern sagen, welche Aufgaben dann gelöst werden müssen, und welche Organisationen zu schaffen sind. Auf keinen Fall dürfen Zustände wie nach dem 9. November wiederkehren.

Der Redner erläuterte an Hand einer graphischen Darstellung den

Aufbau eines wirtschaftlichen Rätesystems,

das den kommenden Aufgaben gewachsen sein werde. Die deutsche Republik gilt als Wirtschaftseinheit, innerhalb deren es keine politischen Grenzen gibt. Die deutsche Republik wird eingeteilt in Wirtschaftszonen, wie sie bereits vorhanden sind. Innerhalb eines jeden Wirtschaftszones werden alle produktiven Tätigen in Bezugsgruppenräte zusammengefaßt, die nach Berufen, Handel, Gewerbe, Verkehr usw. gegliedert sind. Es werden 14 Hauptgruppen unterschieden, die wieder in einzelne Untergruppen eingeteilt sind. Für jede selbständige Berufs- und Industriezweiggruppe muß ein Betriebsrat gewählt werden. Was wir jetzt schaffen, muß sich aufbauen auf die Berliner Verhältnisse, solange es sich denen der ganzen Republik entsprechen. Die Wahl ist geheim und erfolgt auf jederseitigen Widerstand. Der Betriebsrat kann jederzeit entsetzt werden, wenn sich seine Abweisung herausgestellt hat. Das Wirtschaftsleben soll bis in die kleinsten Einheiten erfaßt werden. Die Bezugsgruppenräte werden direkt von

Groß-Berlin.

Wie die Regierung den Schleichhandel fördert.

Für jeden, der sehen kann, ist es klar, daß die Regierung und Behörden ein gerütteltes Maß Schuld an der Ausbreitung des Schleichhandels haben. Nur der „Vorwärts“, der seinen Beruf bekanntlich darin erblickt, jede Kritik der Reichsstellen abzuschwächen, um den Parteigenossen in der Regierung seine Liebe zu erweisen, bemüht sich krauphast, die Unschuld der Regierung seinen Lesern einzureden. Daß er dabei mit den Interessen der Gesamtbevölkerung in Konflikt gerät, verfährt ihm nichts. Bei ihm steht das Parteinteresse über dem der Allgemeinheit. So kann es denn nicht Wunder nehmen, wenn in der Vertreibung der Konsumenteninteressen der „Vorwärts“ sich von jedem bürgerlichen Blatt beschämen lassen muß.

Abgesehen von der Haltung des „Vorwärts“ gegenüber dem Jüder-Schleichhandel, der in Berlin geradezu zu einem öffentlichen Skandal geworden ist. Kürzlich wies wir im Anschluß an eine amtliche Mitteilung, daß die Berliner Hausfrauen keinen Einmachezucker erhalten sollen, auf den blühenden Handel mit Konbons und Zucker zu Wucherpreisen hin, der die Unfähigkeit der Reichsstellen offenbare. Dieser Schleichhandel wird jeder Einzige zustimmen müssen; denn daß die Reichsstellen den Schleichhandel wollen, ist doch nicht gut anzunehmen. Plötzlich erscheint der „Vorwärts“ auf dem Plan, um eine Lauge für die Regierung zu brechen. Natürlich kann auch er sich dem Einbruch unserer Argumentation nicht erziehen. Um ihn abzuschwächen, lenkt er vom Kernpunkt ab und weist unfreiem Genossen Wurm vor, daß er als Ernährungsminister nicht imstande war, die Zuckerproduktion zu heben. Das ist natürlich eine ganz andere Frage. Tugendbillich handelt es sich lediglich um die Bekämpfung des Schleichhandels mit Zucker. Darüber schweigt sich indessen der „Vorwärts“ völlig aus.

Der Zucker ist nur ein Beispiel für die Hilflosigkeit der Regierung gegenüber der Ausplünderung der Konsumenten durch die Jünger der Schleichhandels. Gelegentlich der Debatte in der Reichsversammlung über den Zucker, hat auch in dieser Frage der damalige Ernährungsminister Schmidt es ausdrücklich abgelehnt hatte, irgendwelche Maßnahmen gegen den Weizenwucher zu ergreifen, wenn er rechtzeitig ersucht wurde. Auch für den Hinweis auf den öffentlichen Weizenhandel hatte der Ernährungsminister nur ein hilfloses Lächeln übrig.

Das Schlimmste aber ist, daß jetzt mit den amerikanischen Fleischwaren ein blühender Schleichhandel betrieben wird. Auf unsere Mitteilung, daß auf dem Truppenübungsplatz in Döberitz Fleischwaren und Fett en masse an Soldaten verkauft werden, die sie an die Bevölkerung weiter verschleusen, sind bisher die verantwortlichen Stellen die Auffklärung schuldig geblieben. Auch sonst werden verschiedentlich Speck und Schmalz aus Amerika im Schleichhandel fast betrieben. Selbst der „Vorwärts“ mußte dieser Tage mitteilen, daß die Bevölkerung in Potsdam seit Wochen keine amerikanischen Fleischwaren erhalten habe, daß aber Soldaten den Einwohnern in Potsdam Speck und Schweinefleisch massenhaft angeboten haben.

Die vom Reich angekauften wichtigsten amerikanischen Lebensmittel sollten nach den Erklärungen des Ernährungsministers bekanntlich ausschließlich durch die Kommunalverbände zur Verteilung an die Konsumenten gelangen. Wie ist es möglich, daß sie in die unheimlichen Hände der Schieber, die das Volk während des Krieges schamlos ausgeplündert haben, gelangen können? Wie kommen die Militärbehörden in den Besitz so großer Quantitäten von Lebensmitteln, daß sie teilweise an die Soldaten verkauft werden müssen? Auch dadurch wird dem Schleichhandel Vorschub geleistet. Wer anders trägt an diesen Skandalösen Zuständen die Schuld, wenn nicht die Regierung?

Schinken im Parteibureau.

Zu dieser Notiz in unserer Freitag-Morgennummer wird uns noch aus der Schlierstraße mitgeteilt, daß am Mittwochabend im dortigen Parteibureau eine Hausjuchung stattgefunden hat, bei der in der Hauptsache noch Lebensmittel gesucht wurde. Doch trotz gründlicher Durchsuchung der Räume, die bereitwillig gezeigt wurden, wurde nichts gefunden.

Obwohl gerade eine Ausgabe von Lebensmitteln an politische Inhaftierte stattfand, waren Schinken und dergleichen Dinge nicht vorhanden. Eine Anzahl Riesen Dörrgemüse, Brötchen und etwa 30 Brote sowie einige Eimer Marmelade fanden zu diesem Zweck zur Verfügung. Es würde den inhaftierten Genossen außerordentlich wohl tun, wenn es uns möglich wäre, ihnen öfter mal ein Stück Schinken zukommen zu lassen. Aber leider ist dem nicht so, über 1000 politische Gefangene sind außer den üblichen Gefängnisqualen noch dem Hunger ausgeliefert. Die Opferwilligkeit der Berliner Arbeiterschaft hat es uns möglich gemacht, eine Anzahl von ihnen mit Lebensmitteln zu unterstützen, doch bei weitem nicht so, daß die Ernährung dadurch eine ausreichende würde.

Der „Vorwärts“, dessen Empfinden für das Los politisch Gefangener gänzlich abgestumpft zu sein scheint, beschließt sich in der Abendausgabe vom Freitag auch mit dieser Sache und behauptet wahrheitswidrig, daß wir bestätigt haben, daß ein großer Lager von Lebensmitteln, Schinken usw., angekauft sei. Unsere Leser wissen, daß wir das nicht bestätigt, sondern zugegeben haben, daß Lebensmittel — aber nicht in so großen Mengen, wie behauptet wurde, vor allen Dingen keine Schinken — vorhanden waren. Der „Vorwärts“ gibt dann die Frage der Lokalkorrespondenz Sodagewerkschaft wieder, wer denn die Spender seien, die sich diese ungeheuren Vorräte, darunter ganze Schinken, vom Munde abgepart hätten. Darauf erwidern wir, daß ja die Lokalkorrespondenz gar nicht wissen konnte, was für Lebensmittel in der Schilderstraße lagern, denn nach ihren eigenen Worten hatten ja zu dem Zimmer, wo diese Lebensmittel lagern, nur „Vertraute und Eingeweihte“ Zutritt. Die Lokalkorrespondenz und der „Vorwärts“ haben sich also einen eigenen „Vären“-Schinken aufbinden lassen. Dasselbe trifft auch zu auf die Behauptung, daß Ossio von Tschja, der „Kronzeuge“ im Lebebour-Prozess, wochenlang vor dem Prozeß alle drei Tage ein gerütteltes Maß von Brot, Wurst, Fleisch, Eiern, Butter und anderen Lederbissen erhalten habe.

Sie können also wohl die Tatsache konstatieren, daß es dem „Vorwärts“ und seinen Hintermännern nicht genügt, daß ihre politischen Gegner unschuldig gemacht sind, sondern diese sollen durch die Hungerpolitik gänzlich zur Räson gebracht werden.

Anderst ist diese Märchenzählerei wohl kaum aufzufassen. Die Opferwilligkeit der Berliner Arbeiterschaft wird aber diese Absicht durchkreuzen, indem sie die Sammlung von Lebensmitteln für die hungernden politischen Gefangenen in vermehrtem Maße fortsetzt.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“.

Dienstag, den 29. Juli, abends 7 Uhr, Aufsichtsrats-Sitzung.

Z. N.: Otto Böring.

Eisenbahnunfall auf dem Schlessischen Bahnhof.

Gestern vormittag 11,53 Uhr fuhr der Vorzug 301ⁿ nach Schneidemühl bei der Einfahrt auf dem Schlessischen Bahnhof auf die umliegende Vorortzuglokomotive vom Vorortzug 4340 westlich der Weiche 20 auf. Die Vorortzuglokomotive hatte das in Halbfahrt befindliche Gleisbesetzungszeichen überfahren. Bei dem Aufeinanderfahren entgleiten beide Lokomotiven und drei Wagen des Zuges und wurden unerschütterlich beschädigt. Leicht verletzt wurden drei Eisenbahnbedienstete und ein Fahrgast. Die Bergung erlitten unerschütterliche Verzögerungen. Um 2 1/2 Uhr nachmittags war das Gleis wieder fahrbar.

Die Liebhaber des „Vorwärts“. Der Soldaten, die, wie wir in der Freitag-Abendausgabe kurz berichteten, bei einer Kino-Vorstellung sich störend bemerkbar machten, nimmt sich der „Vorwärts“ liebevoll an. Nach den übereinstimmenden Aussagen mehrerer Augenzeugen taten sich die Soldaten während des Tumults hervor und beleidigten die anwesenden Frauen, so daß ein Schutzmann eingriff und sie feststellte. Nach Abbruch der Vorstellung drangen ferner von der Straße her völlig unbeteiligte Soldaten in den Saal und erklärten großsprecherisch, hier einmal Ordnung schaffen zu wollen. — Im übrigen hat der „Vorwärts“ selber, noch vor uns, diese Szenen als antisemitischen Nadeln gebrandmarkt. Sein Aufsatz gegen uns richtet sich also gegen seine eigene Lokalredaktion.

Die Verkürzung des Berufsverkehrs tritt von morgen Montag, den 28. d. M., ab auf der Vorortstrecke Schlessischer Bahnhof — Erkner ein. Der Zug, bisher als Friedrichshagen 644 früh, beginnt von dann ab bereits in Erkner, wo er um 6,27 abfährt; ferner werden neue Züge zwischen Köpenick und Schlessischer Bahnhof verkehren und zwar ab Köpenick um 6,00, 7,00 und 7,30 vormittags, die in Schlessischer Bahnhof enden, also nicht über die Stadtbahn geführt werden. In der Gegenrichtung wird neu eingelegt ein Zug ab Schlessischer Bahnhof 7,43 vorm. bis Köpenick. Außerdem wird der Zug ab Grünwald 7,33 vorm., der bisher nur bis Sialau-Nummelsburg verkehrte, bis nach Köpenick durchgeführt.

Leidenschaft. Zu dieser Notiz in Nr. 350 der „Freiheit“ stellt uns der Chefredakteur des „Vorwärts“, Dr. Ober in Charlottenburg, mit, daß die Verurteilung des verstorbenen Kriegsverbrechens Jehan nicht früher möglich war, da die Angehörigen des Verstorbenen in Obereslah wohnen und sie trotz wiederholter Telegramme nicht erreichbar waren. Eine Pflichtverletzung des berechtigten Verstorbenen liege nicht vor. Die Verurteilung selbst bezog die Friedhofverwaltung. Von dem Personal des Lazarets wußte und dazu noch mitgeteilt, daß bei Sterbefällen im Lazarett eine Benachrichtigung an den Gefängniswärter Engelbrecht geschehe, der dann das Meiters beantrage. Es sei wiederholt vorgekommen, daß sich Angehörige im Lazarett bedauert haben, daß Friedhofarbeiter in Holzspantien die Leichen zum Grabe trugen. — Wir werden nun abwarten, wie sich Herr Engelbrecht dazu äußert.

Sturm auf den Schlessischen Bahnhof. Zu diesem in Nr. 247 der „Freiheit“ veröffentlichten Artikel sendet uns das Oberkommando auf Grund des § 11 des Kriegsgesetzes eine Berichtigung, wonach am Mittwoch früh nicht 1000, sondern 130 Mann der Berliner Sicherheitspolizei nach dem Schlessischen Bahnhof entsandt worden sind. Die Besetzung des Bahnhofs und Untersuchung des Zuges sei auf Anforderung der Bahnhofsverwaltung geschehen, welcher aus Dirschau telegraphisch mitgeteilt worden war, daß der im Zug befindliche Sammeltransport erwerbsloser Arbeiter in Dirschau Ausfährungen begangen hätte und eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit darstelle. — Wir haben schon geschrieben, wie diese Köpplade ausgelaufen ist. Ein Aufgebot von 130 Mann gegen einen Eisenbahnzug mit harmlosen Passagieren ist auch schon allerhand.

Die Bücherausgabe und der Lesesaal der Stadtbibliothek, Zimmerstr. 90/91, bleiben in der Zeit vom 28. Juli bis 2. August einschließlich für jeglichen Verkehr wegen außerordentlicher Reinigungsarbeiten geschlossen.

Die städtischen Flussbadeanstalten am Rühlengraben, an der Oberstraße und an der Bessingbrücke sind vom Montag ab ebenfalls bis auf weiteres täglich von morgens 7 Uhr bis abends 8 Uhr geöffnet.

Lebensmittelländer.

Die Vollmilchkarten für September 1919 werden in den zur Zeit teils Groß-Berlin gehörenden Gemeinden in den nächsten Tagen ausgegeben, und zwar in Berlin für die Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Montag, den 28., und Dienstag, den 29. Juli, für die Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am Mittwoch, den 30., und Donnerstag, den 31. Juli, für die Kinder im 5. und 6. Lebensjahre am Freitag, den 1. und Sonnabend, den 2. August 1919. Jedoch sind den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen zustehen, sämtliche Milchkarten an einem Tage auszubehändigen. Die Inhaber der Vollmilchkarten haben die Septemberversion bis zum 2. August 1919 einschließlich dem Kleinhändler vorzulegen. Es dürfen sich Inhaber von „A“- und „B“-Kinderkarten und von Karten über 1/2 Liter, welche mit „A“ gekennzeichnet sind, nur in den durch ein Plakat gekennzeichneten „A“- und „B“-Milchgeschäften, Inhaber der übrigen Vollmilchkarten nur in den durch Plakat kenntlich gemachten „C“-Milchgeschäften zum Bezug von Vollmilch anmelden. Rührmittelbezugsscheine über je 1 Pfd. werden an bis am 1. Juli 1919 und später geborenen Kinder zusammen mit den Milchkarten veranlagt.

Berlin. Bis Donnerstag in den Bezirken der 85. bis 99., 106. und 176. Brotkommission und bis Freitag in den Bezirken der 98., 104. und 216. Brotkommission pro Kopf 250 Gramm Käse. Die Gültigkeit der Abschnitte 30a und b der Berliner Kartoffelkarte zum Bezugs von 2 Pfd. Frühkartoffeln ist bis zum Mittwoch, den 30. Juli 1919, verlängert. Wer auf die Abschnitte 27 der Kartoffelkarte und auf den Abschnitt G der Berliner Bezugskarte keine Kartoffeln erhalten hat, kann gegen Abgabe der 10 Abschnitte 27a-e der Kartoffelkarte 1 Pfd. Kartoffelscheiben und gegen Abgabe des Abschnitts G der Bezugskarte ebenfalls ein Pfd. Kartoffelscheiben in den durch blaue Verkaufsschilder gekennzeichneten Krankengeschäften, mit Ausnahme der Konsumgenossenschaft, zum Preise von 1,50 M. das Pfund einnehmen. In der Woche vom 28. Juli bis 3. August 1919 dürfen zunächst 2 Pfd. Kartoffeln auf die Abschnitte 31a und b abgegeben und entnommen werden. Es wird noch bekanntgegeben werden, ob auf die Abschnitte 31c-e weitere 2 Pfd. Kartoffeln entfallen oder ob Ersatz gegeben werden muß. In der Woche vom Montag, den 28. Juli, bis Sonntag, den 3. August, Zeitverteilung auf die Einfuhrkartarte gegen beide Abschnitte 31 unter gleichzeitiger Vorlegung der Sozialscheine in dem zum Spelleitzbezug bestimmten Kleinhandelsgeschäft in Höhe von 250 Gramm Bratfett. Der Preis für 250 Gramm Bratfett beträgt 2,50 M. — In der Woche vom 28. Juli bis 3. August darf Brot nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Abschnitte das Schwere „Weiß“ tragen.

Charlottenburg. 250 Gramm Fleisch (31), 2 Pfd. Kartoffeln (31a und b), als Ersatz auf Abschn. 27a und 240 300 Gramm Kartoffelscheiben (27b) und 300 Gramm Graupen (240), 1/2 Pfd. Zucker und 1/2 Pfd. Zucker auf die Karten vom 16. 8. bis 15. 7. In der Zeit vom 1. August bis 15. Oktober auf Abschnitt 298 der Charlottenburger roten Nahrungsmittelkarte eine Sonderverteilung in Höhe von 1 Pfd. pro Kopf, 200 Gramm Hülsenfrüchte (55), 500 Gramm Graupen (56), 500 Gramm Telgwaren (57), 125 Gramm Reis (58), 200 Gramm Weizengrieß (59), 500 Gramm Graupen (60), 500 Gramm Marmelade (62), 250 Gramm Bratfett (51), 250 Gramm ausländ. Weizenmehl (311). Sechs Päckchen Puddingpulver (237), 150 Gramm Telgwaren (37), 100 Gramm Hafennährmittel (38). Küchermwaren und frische See- oder flüssige freihändig.

Reukölln. Fortsetzung der Marmeladenausgabe (36). An die vor dem 1. Februar 1919 geborenen Personen 125 Gramm Kakaoapulver, 125 Gramm Schokolade und 250 Gramm Gerstengrieß in dem städt. Verkaufsstellen als Sonderverteilung an Jugendliche: 150 Gramm Soja, 100 Gramm Hafensflohen und 250 Gramm Grünherzmehl. Ende der Woche voraussichtlich Neuverteilung von 335 Gramm Hülsenfrüchten, 250 Gramm Telgwaren, 125 Gramm Weizengrieß, 125 Gramm Reis und 250 Gramm Rührmittel, 2 Pfd. Frühkartoffeln (31a und b), 30 Gramm Butter und 250 Gramm Bratfett. Als Kartoffelersatz 750 Gramm Brot.

Schöneberg. Bis zum 29. Juli Voranmeldung für 1/2 Pfd. amerik. Weizenmehl auf den Abschnitt 12 der Einfuhrkartarte, 500 Gramm Rührmittel auf Abschnitt 47, und 700 Gramm Rührmittel auf die Abschnitte 57 und 59 der Groß-Berliner Lebensmittellkarte. Ausgegeben werden in der kommenden Woche: 1/2 Pfd. amerik. Weizenmehl auf den Abschnitt 311 und 250 Gramm Bratfett auf den Abschnitt 311 der Einfuhrkartarte, 250 Gramm Rührmittel auf Abschnitt 56 der Groß-Berliner Lebensmittellkarte, und als Ersatz für die fehlenden Kartoffeln 750 Gramm Brot auf Abschnitt 20 der alten Schöneberger Bezugskarte. An die Kinder bis zum 17. Lebensjahre findet eine abnormale Ferienverteilung von je 1/2 Pfd. Reis, Hafensflohen und Weizengrieß in den Krankenernährungsstellen statt.

Tempelhofer. 30 Gramm Butter, 40 Gramm Bratfett. Auf 311 der Einfuhrkartarte 250 Gramm Bratfett, Fleisch, Brot wie üblich, Kartoffel, besond. Bohnenmischung, 250 Gramm Weizengrieß (49), 125 Gramm Hafensflohen (40 Jugendl.), 125 Gramm Reis (41 Jugl.), 1 Pfd. Vollmilch. H. 1 (20 348-20 797) u. H. 2 (19 106-19 505) 500 Gramm Hafensflohen, 250 Gramm Reis, 8 Pakete Zwieback. Für hoffende Rätter (14 978-15 158) 500 Gramm Hafensflohen, 500 Gramm Reis, 4 Pakete Zwieback. 375 Gramm Marmelade (47). Anmeldung von 200 Gramm ausl. Mehl. Die auf Abschn. 54 angemeldeten 300 Gramm amerik. Hafennährmittel werden wegen verspäteter Anlieferung erst in circa 14 Tagen zur Ausgabe gelangen. Anmeldung oder Verkauf von Mittwoch bis Freitag.

Veit. 1 Pfd. Graupen (40, 43 und 44), 1/2 Pfd. Hafensflohen (41), 1/2 Pfd. amerik. Mehl (311), 1 Pfd. Hafensflohen für Kriegeschädigte (5). 1/2 Pfd. Zwieback oder 1/2 Pfd. Reis (39). Sonderverteilung (49).

Zehlendorf. Vom 28. Juli gegen Voranmeldung als Sonderverteilung 500 Gramm Weizengrieß (48), 125 Gramm Reis (48), 500 Gramm Rührmittel (62). Für Jugendliche 100 Gramm Hafensflohen (28 J.). — Außerdem Fleisch und Seefische sowie Küchermwaren. — Umlauber 100 Gramm Rührmittel und 250 Gramm Marmelade.

Tegel. 125 Gramm Reis (58), 200 Gramm Gerstengrieß (59), 500 Gramm Graupen (60), 500 Gramm Kartoffelscheiben auf den Wochenabschnitt der Kartoffelkarte. Anmeldung bis Montag, 28. Juli. Bergabgabe der Waage nicht vor Freitag, 1. August. Auf Sonderlebensmittellkarte für Kinder: (32) 100 Gramm Schokolade oder 125 Gramm Schokoladenpulver, 250 Gramm Hafensflohen, 2 Päckchen Milchpulver. Auf Sonderlebensmittellkarte für ältere Einwohner: (7) eine halbe kondensierte Milch, 250 Gramm Hafensflohen, 2 Päckchen Puddingpulver.

Waldhof. 450 Gramm (40, 41) und für Jugendliche (38) 100 Gramm Rührmittel. Voranmeldungen bis Mittwoch. In der Gemeindeverkehrsstelle für Jugendliche 125 Gramm Hafensflohen (40, 41). Pferdebeschaffung zum Preise von 6,50 M. pro Pfd. Kartoffelverkauf vom Dienstag ab von 9-10 Uhr vormittags.

Aus den Organisationen.

Zweiter Kreis. Dienstag abend 7 Uhr Flugblätterverteilung von den bekannten Stellen aus.

Vierter Kreis. 20. Abteilung. Die Handzettelerverteilung am Montag fällt aus, da die geplante öffentliche Versammlung nicht stattfinden kann. Nächster Jahrestag am Mittwoch.

Reukölln. Montag abend 7 Uhr bei Richter, Bring-Gandjerystraße 3, wichtige Sitzung des Vorstandes mit den Bezirksführern. Erscheinen aller Pflicht. — 15. Bezirk. Dienstag, Besuch der Kunstausstellung. Treffpunkt abends 8 Uhr vor dem Reuen Rathaus. — Reukölln. Montag abend Führung des Gen. Repinohi durch die Kunstausstellung im Rathaus; für den 16. Bezirk um 6 Uhr, für den 6. Bezirk um 7 Uhr. Treffpunkt kurz vor Beginn der Führungen am Rathaus.

Veit-Duckow. Dienstag abend 1/8 Uhr in Backum, Dorfstr. 1, bei Köhler, öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die politische Lage. Ref.: Gen. Künstler-Reukölln.

Niederschönhausen. Mitgliederversammlung Dienstag abend 8 Uhr im Lokal von Rettig, Blauenburger Str. 4; Bericht von der Kreisversammlung und aus der Gemeindevertretung.

Niederschönhausen. Die dritte Märchenverteilung findet Donnerstag, den 31. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, im Garten, Lindenstr. 15, statt. Außer der Verteilung werden diesmal auch Fieber zur Route gegeben. Eintrittskarten à 20 Pfg. sind bei den Parteifunktionären, Familienstr. 35 a bei Wälsche-Günther, Charlottenstr. 55 bei Schulze, Kaiser-Wilhelm-Str. 79 Konsumgenossenschaft, Körnerstr. 40 bei Pfeiffer, Uhländstr. 3 bei Medike, und Uhländstr. 41 bei Schickowski zu haben.

Treptow-Baumhulsenweg. Montag abend 7 1/2 Uhr Frauenleserabend bei Hauser, Gröhrstr. 68.

Schöneberg. Dienstag abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung Aula Fichte-Schule, Kolonnenstraße 22, Vortrag des Genossen Siewers über das Räteystem.

Teile Jugend, Bezirk Weißensee. Sonntag abend 6 Uhr Elternabend im Jugendheim, Langhausstr. 120.

„Freiheit“-Leser von Bitterau. Montag abend 7 1/2 Uhr bei Fr. Schulze, Cronenburger Str. 88, Mitgliederversammlung der U. S. V. D. zu der familiäre „Freiheit“-Leser eingeladen sind. Vortrag des Genossen R. Käter. Abonnementquittung legitimiert.

Bereinstalender.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Wähltransportarbeiter, Pader und Kautzer usw. Mittwoch abend 7 Uhr Königshagen-Koln, Holzmarktstr. 72 an der Alexanderstraße, Versammlung. Bericht über die Verhandlung mit den Unternehmern. — Mitgliedbuch ist vorzulegen.

Funktionäre der Elektro-Industrie. Sitzung am Montag, 28. Augustes Gymnasium, findet nicht statt. Pölle.

Sozialistische Studentenpartei. Mittwoch, Diskussionsabend über Bedeutung und Möglichkeiten internationalen Zusammenschlusses der Jugend und der Studentenschaft.

Intern. Bund der Kriegeschädigten u. Hinterbliebenen. Kaiser-ordenliche Versammlung Dienstag abend 7 Uhr im Restaurant Wiener, Bülowsstraße 28.

Intern. Bund der Kriegeschädigten. Bezirk Götzen. Montag abend 7 Uhr außerordentl. Bezirksoberversammlung bei Müller, Schönleinstr. 6.

Intern. Bund der Kriegeschädigten u. Hinterbliebenen. Bezirk Ost e n L. Montag abend 7 Uhr im Restaurant Schulze, Samariterstraße 38. Versammlung der Hinterbliebenen.

Intern. Bund. Rechtsauskünfte im Westen bei Gen. Stöckmann findet nicht mehr statt.

Hohenschönhausen. Betriebs- u. Arbeiterrat Christel: Montag nachmittags 4 1/2 Uhr Restaurant „Herzlieb“, Berliner Straße, Betriebsausläufe der Betriebe und Angestellten.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wiesepp, Reukölln. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Landesdruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schillergasse 12.

Emaile-Schmortöpfe
gross, zum Einkochen 15.95

JANDORF

Emaile-Wannen
rund 9.50

Belle-Alliance-Strasse Gr. Frankfurter Strasse Brunnen Strasse Kolihuser Damm Wilmersdorfer Strasse

Billiger Emaille-Verkauf

Farben: neublau und grau!

Schmortöpfe	3.95	5.95	7.25
Schmortöpfe mit Ring	5.75	7.50	9.75
Ringtöpfe hoch	8.50	9.75	12.50
Kasserollen ohne Ring	3.25	4.50	5.75
Kasserollen mit Ring	4.95	6.45	7.50
Maschinentöpfe groß	4.95	5.95	7.95
Küchenschüsseln groß	4.75	5.25	6.50
Fleischtöpfe	5.25	6.95	8.50
Waschtöpfe	17.50	19.50	24.50

Wasserkannen	4.95	6.75
Wasserkessel	8.95	12.50
Wasserkessel mit Sack	11.50	13.50
Bratpfannen mit Stiel	2.95	3.95
Kaffeekannen	3.95	5.75
Schöpflöffel	1.45	1.75
Nachtgeschirre	4.50	
Waschschüsseln mit Seifnapf	4.95	
Wassereimer ca. 28 cm	8.50	

Milchtopf Porzellan mit Goldrand 98 Pf.
Kartoffelschüssel mit Deckel 2.95

Heringskasten mit Schrift, verschiedene Formen 4.50
Bratenplatte ca. 36 cm 1.95

Kaffeetasse m. Untertasse und Hand 98 Pf.
Kaffeetasse mit Untertasse Porzellan reich dekoriert 1.95

Einkoch-Apparate mit Einsatz und Federn 24.50

U. S. P. D. Schöneberg.
Dienstag, den 29. Juli, abends 7 1/2 Uhr
Mitgliederversammlung.
Hula Hilteschule, Kolonnenstr. 22
Vortrag des Genossen Sivert über das Räteystem.
Kausprache, Vereinsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Nord-Ost!
Mieter-Versammlung
Montag, den 28. d. M., abends 7 1/2 Uhr
findet in der Kula des Lyzeums, Greifswalder Straße 24/26, eine öffentliche Mieter-Versammlung statt.
Thema: Bedeutung der Mieterräte. — Die Regierung schickt die Hausgrazier.
Hof. Carl Eisel.
Freie Kausprache! Erscheint in Massen!
Mieterbund Groß-Berlin,
Gruppe NO, Geschäftsstelle Marienburger Str. 8.
Zentral-Verband der Glaser.
Zahlreiche Berlin.

Dienstag, den 29. Juli, abends 7 Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Saal 2
Eignung
sämtlicher Vorstand- und Tarifkommissionsmitglieder, sowie der Vertrauensmänner und Bezirksleiter.
Tagesordnung:
Die Wahlbestimmung am 16. August.
Satzung und Punkte der Wahlen in Berlin.
Die Tarifverhältnisse. 3. u. 4. u. 5. u. 6. u. 7. u. 8. u. 9. u. 10. u. 11. u. 12. u. 13. u. 14. u. 15. u. 16. u. 17. u. 18. u. 19. u. 20. u. 21. u. 22. u. 23. u. 24. u. 25. u. 26. u. 27. u. 28. u. 29. u. 30. u. 31. u. 32. u. 33. u. 34. u. 35. u. 36. u. 37. u. 38. u. 39. u. 40. u. 41. u. 42. u. 43. u. 44. u. 45. u. 46. u. 47. u. 48. u. 49. u. 50. u. 51. u. 52. u. 53. u. 54. u. 55. u. 56. u. 57. u. 58. u. 59. u. 60. u. 61. u. 62. u. 63. u. 64. u. 65. u. 66. u. 67. u. 68. u. 69. u. 70. u. 71. u. 72. u. 73. u. 74. u. 75. u. 76. u. 77. u. 78. u. 79. u. 80. u. 81. u. 82. u. 83. u. 84. u. 85. u. 86. u. 87. u. 88. u. 89. u. 90. u. 91. u. 92. u. 93. u. 94. u. 95. u. 96. u. 97. u. 98. u. 99. u. 100. u. 101. u. 102. u. 103. u. 104. u. 105. u. 106. u. 107. u. 108. u. 109. u. 110. u. 111. u. 112. u. 113. u. 114. u. 115. u. 116. u. 117. u. 118. u. 119. u. 120. u. 121. u. 122. u. 123. u. 124. u. 125. u. 126. u. 127. u. 128. u. 129. u. 130. u. 131. u. 132. u. 133. u. 134. u. 135. u. 136. u. 137. u. 138. u. 139. u. 140. u. 141. u. 142. u. 143. u. 144. u. 145. u. 146. u. 147. u. 148. u. 149. u. 150. u. 151. u. 152. u. 153. u. 154. u. 155. u. 156. u. 157. u. 158. u. 159. u. 160. u. 161. u. 162. u. 163. u. 164. u. 165. u. 166. u. 167. u. 168. u. 169. u. 170. u. 171. u. 172. u. 173. u. 174. u. 175. u. 176. u. 177. u. 178. u. 179. u. 180. u. 181. u. 182. u. 183. u. 184. u. 185. u. 186. u. 187. u. 188. u. 189. u. 190. u. 191. u. 192. u. 193. u. 194. u. 195. u. 196. u. 197. u. 198. u. 199. u. 200. u. 201. u. 202. u. 203. u. 204. u. 205. u. 206. u. 207. u. 208. u. 209. u. 210. u. 211. u. 212. u. 213. u. 214. u. 215. u. 216. u. 217. u. 218. u. 219. u. 220. u. 221. u. 222. u. 223. u. 224. u. 225. u. 226. u. 227. u. 228. u. 229. u. 230. u. 231. u. 232. u. 233. u. 234. u. 235. u. 236. u. 237. u. 238. u. 239. u. 240. u. 241. u. 242. u. 243. u. 244. u. 245. u. 246. u. 247. u. 248. u. 249. u. 250. u. 251. u. 252. u. 253. u. 254. u. 255. u. 256. u. 257. u. 258. u. 259. u. 260. u. 261. u. 262. u. 263. u. 264. u. 265. u. 266. u. 267. u. 268. u. 269. u. 270. u. 271. u. 272. u. 273. u. 274. u. 275. u. 276. u. 277. u. 278. u. 279. u. 280. u. 281. u. 282. u. 283. u. 284. u. 285. u. 286. u. 287. u. 288. u. 289. u. 290. u. 291. u. 292. u. 293. u. 294. u. 295. u. 296. u. 297. u. 298. u. 299. u. 300. u. 301. u. 302. u. 303. u. 304. u. 305. u. 306. u. 307. u. 308. u. 309. u. 310. u. 311. u. 312. u. 313. u. 314. u. 315. u. 316. u. 317. u. 318. u. 319. u. 320. u. 321. u. 322. u. 323. u. 324. u. 325. u. 326. u. 327. u. 328. u. 329. u. 330. u. 331. u. 332. u. 333. u. 334. u. 335. u. 336. u. 337. u. 338. u. 339. u. 340. u. 341. u. 342. u. 343. u. 344. u. 345. u. 346. u. 347. u. 348. u. 349. u. 350. u. 351. u. 352. u. 353. u. 354. u. 355. u. 356. u. 357. u. 358. u. 359. u. 360. u. 361. u. 362. u. 363. u. 364. u. 365. u. 366. u. 367. u. 368. u. 369. u. 370. u. 371. u. 372. u. 373. u. 374. u. 375. u. 376. u. 377. u. 378. u. 379. u. 380. u. 381. u. 382. u. 383. u. 384. u. 385. u. 386. u. 387. u. 388. u. 389. u. 390. u. 391. u. 392. u. 393. u. 394. u. 395. u. 396. u. 397. u. 398. u. 399. u. 400. u. 401. u. 402. u. 403. u. 404. u. 405. u. 406. u. 407. u. 408. u. 409. u. 410. u. 411. u. 412. u. 413. u. 414. u. 415. u. 416. u. 417. u. 418. u. 419. u. 420. u. 421. u. 422. u. 423. u. 424. u. 425. u. 426. u. 427. u. 428. u. 429. u. 430. u. 431. u. 432. u. 433. u. 434. u. 435. u. 436. u. 437. u. 438. u. 439. u. 440. u. 441. u. 442. u. 443. u. 444. u. 445. u. 446. u. 447. u. 448. u. 449. u. 450. u. 451. u. 452. u. 453. u. 454. u. 455. u. 456. u. 457. u. 458. u. 459. u. 460. u. 461. u. 462. u. 463. u. 464. u. 465. u. 466. u. 467. u. 468. u. 469. u. 470. u. 471. u. 472. u. 473. u. 474. u. 475. u. 476. u. 477. u. 478. u. 479. u. 480. u. 481. u. 482. u. 483. u. 484. u. 485. u. 486. u. 487. u. 488. u. 489. u. 490. u. 491. u. 492. u. 493. u. 494. u. 495. u. 496. u. 497. u. 498. u. 499. u. 500. u. 501. u. 502. u. 503. u. 504. u. 505. u. 506. u. 507. u. 508. u. 509. u. 510. u. 511. u. 512. u. 513. u. 514. u. 515. u. 516. u. 517. u. 518. u. 519. u. 520. u. 521. u. 522. u. 523. u. 524. u. 525. u. 526. u. 527. u. 528. u. 529. u. 530. u. 531. u. 532. u. 533. u. 534. u. 535. u. 536. u. 537. u. 538. u. 539. u. 540. u. 541. u. 542. u. 543. u. 544. u. 545. u. 546. u. 547. u. 548. u. 549. u. 550. u. 551. u. 552. u. 553. u. 554. u. 555. u. 556. u. 557. u. 558. u. 559. u. 560. u. 561. u. 562. u. 563. u. 564. u. 565. u. 566. u. 567. u. 568. u. 569. u. 570. u. 571. u. 572. u. 573. u. 574. u. 575. u. 576. u. 577. u. 578. u. 579. u. 580. u. 581. u. 582. u. 583. u. 584. u. 585. u. 586. u. 587. u. 588. u. 589. u. 590. u. 591. u. 592. u. 593. u. 594. u. 595. u. 596. u. 597. u. 598. u. 599. u. 600. u. 601. u. 602. u. 603. u. 604. u. 605. u. 606. u. 607. u. 608. u. 609. u. 610. u. 611. u. 612. u. 613. u. 614. u. 615. u. 616. u. 617. u. 618. u. 619. u. 620. u. 621. u. 622. u. 623. u. 624. u. 625. u. 626. u. 627. u. 628. u. 629. u. 630. u. 631. u. 632. u. 633. u. 634. u. 635. u. 636. u. 637. u. 638. u. 639. u. 640. u. 641. u. 642. u. 643. u. 644. u. 645. u. 646. u. 647. u. 648. u. 649. u. 650. u. 651. u. 652. u. 653. u. 654. u. 655. u. 656. u. 657. u. 658. u. 659. u. 660. u. 661. u. 662. u. 663. u. 664. u. 665. u. 666. u. 667. u. 668. u. 669. u. 670. u. 671. u. 672. u. 673. u. 674. u. 675. u. 676. u. 677. u. 678. u. 679. u. 680. u. 681. u. 682. u. 683. u. 684. u. 685. u. 686. u. 687. u. 688. u. 689. u. 690. u. 691. u. 692. u. 693. u. 694. u. 695. u. 696. u. 697. u. 698. u. 699. u. 700. u. 701. u. 702. u. 703. u. 704. u. 705. u. 706. u. 707. u. 708. u. 709. u. 710. u. 711. u. 712. u. 713. u. 714. u. 715. u. 716. u. 717. u. 718. u. 719. u. 720. u. 721. u. 722. u. 723. u. 724. u. 725. u. 726. u. 727. u. 728. u. 729. u. 730. u. 731. u. 732. u. 733. u. 734. u. 735. u. 736. u. 737. u. 738. u. 739. u. 740. u. 741. u. 742. u. 743. u. 744. u. 745. u. 746. u. 747. u. 748. u. 749. u. 750. u. 751. u. 752. u. 753. u. 754. u. 755. u. 756. u. 757. u. 758. u. 759. u. 760. u. 761. u. 762. u. 763. u. 764. u. 765. u. 766. u. 767. u. 768. u. 769. u. 770. u. 771. u. 772. u. 773. u. 774. u. 775. u. 776. u. 777. u. 778. u. 779. u. 780. u. 781. u. 782. u. 783. u. 784. u. 785. u. 786. u. 787. u. 788. u. 789. u. 790. u. 791. u. 792. u. 793. u. 794. u. 795. u. 796. u. 797. u. 798. u. 799. u. 800. u. 801. u. 802. u. 803. u. 804. u. 805. u. 806. u. 807. u. 808. u. 809. u. 810. u. 811. u. 812. u. 813. u. 814. u. 815. u. 816. u. 817. u. 818. u. 819. u. 820. u. 821. u. 822. u. 823. u. 824. u. 825. u. 826. u. 827. u. 828. u. 829. u. 830. u. 831. u. 832. u. 833. u. 834. u. 835. u. 836. u. 837. u. 838. u. 839. u. 840. u. 841. u. 842. u. 843. u. 844. u. 845. u. 846. u. 847. u. 848. u. 849. u. 850. u. 851. u. 852. u. 853. u. 854. u. 855. u. 856. u. 857. u. 858. u. 859. u. 860. u. 861. u. 862. u. 863. u. 864. u. 865. u. 866. u. 867. u. 868. u. 869. u. 870. u. 871. u. 872. u. 873. u. 874. u. 875. u. 876. u. 877. u. 878. u. 879. u. 880. u. 881. u. 882. u. 883. u. 884. u. 885. u. 886. u. 887. u. 888. u. 889. u. 890. u. 891. u. 892. u. 893. u. 894. u. 895. u. 896. u. 897. u. 898. u. 899. u. 900. u. 901. u. 902. u. 903. u. 904. u. 905. u. 906. u. 907. u. 908. u. 909. u. 910. u. 911. u. 912. u. 913. u. 914. u. 915. u. 916. u. 917. u. 918. u. 919. u. 920. u. 921. u. 922. u. 923. u. 924. u. 925. u. 926. u. 927. u. 928. u. 929. u. 930. u. 931. u. 932. u. 933. u. 934. u. 935. u. 936. u. 937. u. 938. u. 939. u. 940. u. 941. u. 942. u. 943. u. 944. u. 945. u. 946. u. 947. u. 948. u. 949. u. 950. u. 951. u. 952. u. 953. u. 954. u. 955. u. 956. u. 957. u. 958. u. 959. u. 960. u. 961. u. 962. u. 963. u. 964. u. 965. u. 966. u. 967. u. 968. u. 969. u. 970. u. 971. u. 972. u. 973. u. 974. u. 975. u. 976. u. 977. u. 978. u. 979. u. 980. u. 981. u. 982. u. 983. u. 984. u. 985. u. 986. u. 987. u. 988. u. 989. u. 990. u. 991. u. 992. u. 993. u. 994. u. 995. u. 996. u. 997. u. 998. u. 999. u. 1000.

Stahlstempelwerk
Clemens & Sohn, Hilteschule, Kolonnenstr. 22
Betriebsversammlung
Montag, den 28. Juli, abends 12 Uhr
Stadthaus (Krone), III, No. 47.
Erscheint alle Kollegen und Kollegeninnen unbedingt erforderlich.
Der Arbeiterrat.
Wendberg, Ledert. 87/88.

Verschiedenes
Einschreibungen (auch im Armentrecht), Strafsachen, Alimentsachen, Postämter, Oberall, Genscheil, Hervorgehende, Erlöse, Defektivitäten, Erlöse, Rechtschutz, Wahrheit, Direktor Mandus, Kuttin, Waser-Kaiser-Friedrich-Str., Neanderstraße 7, Adalbertstraße 3, Große Frankfurter Straße 10, Neukölln, Emsor Straße 10. (Auch Sonntags)

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Berlin SO. 18, Rungestr. 30. Tel. Amt Rorichplatz 10 623, 3578.

Branchenversammlungen.

Stellmacher. Donnerstag, den 31. Juli, abends 7 Uhr, „Rosenholzer Hof“, Rosenholzer Straße 11/12. Kollegen der Innungsgebiete sind besonders eingeladen.

Bergolzer. Dienstag, den 29. Juli, abends 5 1/2 Uhr, „Drechner Casino“, Drechner Straße 96. Tagesordnung u. a.: Betrachtungen über Diktatur des Proletariats. Ref.: Kollege Dieck.

Verputz-, Horn- und Gipsarbeiter. Montag, den 28. Juli, nachm. 5 Uhr, bei Harnischowski, Rischolkestr. 24. Tagesordnung u. a.: Schulbericht von den Verhandlungen mit den Unternehmern.

Schirmmacher u. Schirmnäherinnen. Montag, den 28. Juli, abends 7 Uhr, „Wilkes Festhalle“, Seebastionstr. 39.

Modell- u. Fabrikarbeiter, Modellstecher. Mittwoch, den 30. Juli, abends 8 Uhr, Schulaula, Weinmeisterstr. 13/17. Tagesordnung u. a.: Bericht vom Streik.

Korbmacher. Donnerstag, den 31. Juli, abends 7 Uhr, Gewerkschaftshaus, Saal 1. Tagesordnung u. a.: Vortrag über „Arbeitsgemeinschaft oder Räteystem“. Ref.: Koll. Siegel.

Zur Beachtung: Die Arbeitsvermittlung geschieht nur Röhrichtstraße 9, parität. Arbeitsnachweis der Holzindustrie.

Parkeitsbodenleger u. Bohner. Mittwoch, den 30. Juli, abends 6 1/2 Uhr, im Verhandlungshaus (Waldsiedlung), Mitgliederversammlung. Tagesordnung: 1. Branchenangelegenheiten. 2. Verschiedenes.

Achtung! Holzarbeitererversammlung für die Wahlkörper der Arbeiterkräfte Schul Ruppert-Boose. Dienstag, den 29. Juli, nachm. 4 1/2 Uhr, „Prochstraße des Ostens“, Frankfurter Allee 48. Tagesordnung: 1. Die Entwicklung des Räteystems in Deutschland; Ref.: Gen. Richard Müller. 2. Diskussion.

Arbeitslosenversammlung der Drechler u. Berufsgenossen. Donnerstag, den 31. Juli, bei Hummel, Siphentstr. 5, vorm. 10 Uhr. Tagesordnung: 1. Besprechung der gegenwärtigen Lage im Beruf. 2. Diskussion.

Die Ortsverwaltung.

Adalbertstr. 3
(Hausnummer beachten!) ist die Rechtsanwaltschaft Wahrheit! Einschreibungen! Strafsachen! Rechtsanwaltschaft Detektivtrotter!

Maßkorsett fertigt an bei Stoffausgabe Frau Margarete Richter, Fehrbelliner Str. 5

Fließende Personen und Hausierer können ohne Risiko hohen Verdienst erzielen. Ein sehr lohnender Artikel. Großartiger Massenartikel, der überall gebraucht wird. Wack, Kolonnenstr. 14. Schreibzeit nur Sonntag 9-1 vorm.

Detektivbureau. Beschreibungen, Ermittlungen, Einschreibungen, Kreditauskünfte billigst. Adalbertstraße 4

Arbeitsmarkt
Zöpfe und Teilzahlungen billig. Versand allerorts. Verlangen Sie neueste Preisliste und Bedingungen kostenlos von Zoofabrik Duck, Berlin, Bergstraße 1.

Stellungslose (redogewandt), als Reisende bei hoher Provision reisefertig verlangt R. Schneider & Co., Immanuelkirchstr. 12.

Erfinder. Patentbureau, Packischer, Oertrandstr. 15, Zentrum 7000.

Klempner
Wird gesucht für a. Wagen- u. Karosserarbeiten. Alex. Kellner, Berlin NW 87, Kaiser-Innen-Allee 10. Es wird nur auf eingearbeitete Leute reflektiert.

Botenfrauen
stellen ein. Freiheit-Spedition Spandau, W. Seelager, Lindenstr. 34.
Botenfrauen für Wilmersdorf und Halensee sucht Neßler, Halensee, Hindenburgstraße 34.
Botenfrauen werden sofort eingestellt. „FREIHEIT“ Schiffbauerdamm 19 III, 7im. 11.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Ortsgruppe Berlin.
Dem Andenken unserer beim Militär verstorbenen Kollegen gewidmet.

Bauszus, Louis, Schlosser, 7. Jan. 88, Schustern Beyer, August, Schiefer, 13. März 78, Ball-Stettin Biedermann, Max, Arbeit, 27. Juni 88, Merschewitz Brüning, Otto, Arbeiter, 12. August 91, Gr. Barnim Corduan, Otto, Dreher, 30. Januar 88, Berlin Franz, Adolf, Hillmonteur, 7. Juli 88, Michalski Heinze, Fritz, Schlosser, 31. Januar 81, Berlin Janzen, Wilhelm, Masch.-Arb., 21. Mai 78, Briesen Junghans, Adolf, Schlosser, 6. August 87, Ortenheim Petri, Karl, Kernschmer, 8. Juli 84, Berlin Rechenberg, Richard, Dreher, 23. März 77, Berlin Reinhardt, Max, Elektromont., 24. Aug. 81, Berlin

Ehre ihrem Andenken.
Die Ortsverwaltung.

U. S. P. Neukölln.
II. Bezirk.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse
Karl Pionke
Niemetzstr. 16,
im Alter von 52 Jahren plötzlich verstorben ist. Die Beerdigung findet am Dienstag, den 29. 7. nachmittags 7 Uhr vom Gemeinde-Friedhof Mariendorfer Weg statt. Um rege Beteiligung ersucht Der Vorstand.

Danksagung.
Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben, guten Frau sage ich allen Verwandten, Genossen, Freunden, Arbeiterrat und Mitbewohnern des Hauses meinen innigsten Dank.
Paul Schulz, Neukölln.

Politischer Redakteur
zum 15. August gesucht für eine neu erscheinende Tagespresse der U. S. P. D. Bewerbungen mit Gehaltsansprüchen und politischer Zugehörigkeit sind zu richten an
Hammer, Genossenschafts-Buchdruckerei
Buer i. W.

Unterricht
Musikschule des Westens, Direktor Lemke, Chausseestraße 109 I, Unterricht in allen Instrumenten. Besonders beliebt sind die schon begonnenen 3-Monatskurse für Mandoline und Laute für Kinder und Erwachsene. Instrumente billigst.

ParteiSekretär
für Ortsverein Neukölln für sofort gesucht. Da auf eine tüchtige Kraft reflektiert wird, ersuchen wir um detailliertere Angaben über die bisherige Tätigkeit und die Höhe der Gehaltsforderungen. Angebote mit Kennwort „ParteiSekretär“ sind bis 8. August an den Vorstand der U. S. P. D. Ortsverein Neukölln, Neckerstraße 9, einzureichen.

Tiermarkt
Lehrhühner, Tauben, Enten, Gänse, Kaninchen verkauft Steinlein, Verhandlung Wlener Straße 29.

Formerlehrling verlangt
Kunst- u. Metallgeschäft Adolf Klette G. m. b. H., Berlin SW 48, Wilhelmstraße 6. Telefonat Litzow 6318.

Hundeverkauf
Hundezucht, Zentral-Handpark, Prenzlauer Straße 11. Telefon Alexander 2819.

Botenfrauen
eingestellt
Berlin
Gieseler, Ostlicher Straße 92, Döing, 2. teinmeyerstr. 23, Hackbarth, Michaelisplatz 2.
Potsdam
Domauer, Köfer/Wilhelm-Straße 38.
Charlottenburg
Lorenz, Wallstraße 68.
Wilmersdorf
Tiefner, Hindenburgstraße 34.

Kranke Ziegen,
Kaninchen, Geflügelkrankheit, erfolgreichste Behandlung, Spezialrezepte, Hand-Kurven, Vergiften, Hakenwurm, nur vormitt. nach Anmeldung. Müllers Honorar.
Tierarzt Jüling
Hilberstr. 20, a. Schlesisch Tor. 8-10. 2-4. Sonnt. 11-1.